Sonntag, 10. Juni 1923. Einzelnummer 400 Mark. 52. Jahrgang. Nr. 128.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 9500.— in den Ausgabestellen 9700.— durch Zeitungsboten 10000.— am Postamt ..... 10000.— ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. „ Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Osteuropas Minderheiten.

Sämtliche Länder Osteuropas sind von einer national und konfessionell gemischten Bevölkerung bewohnt, und zu den Staatsbürgern jedes der osteuropäischen Staaten gehören neben den Angehörigen der Nation, die die Mehrheit bildet, Angehörige anderer Nationalitäten. Daß in einigen dieser Staaten Gegensätze bestehen zwischen der Hauptnation und den in der Minderheit befindlichen Nationalitäten, ist bekannt. Ebenso bekannt ist, daß fast in allen diesen Staaten die nationalen Minderheiten sich über Schwierigkeiten beklagen, die ihnen von der Regierung und von den Behörden ihres Landes gemacht werden.

Von der Lage der nationalen Minderheiten, und vor allen Dingen der deutschen Minderheit, in Polen, ist hier, im „Posener Tagebl.", Tag für Tag die Rede. Von der Lage der deutschen Minderheiten in anderen Ländern wurde an dieser Stelle auch schon wiederholt gesprochen, zuletzt von der Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei (Pos. Tagebl. Nr. 124) und von der Lage der Deutschen in Rumänien (Pos. Tagebl. Nr. 127). Wie es der polnischen Minderheit in Litauen geht, zeigte der der polnischen Presse entnommene Artikel, der an der Spitze der Nr. 126 des „Pos. Tagebl." stand.

Heute liegt auf unserem Redaktionstisch ein Brief, der wertvollen Aufschluß gibt über die Deutschen in Südslawien. Das Bild, das man aus ihm gewinnt, sieht so aus:

Aus der völligen Entrechtung, der die Deutschen nach der Gründung des Südslawenstaates unterworfen waren, haben sie bereits einen Schritt der Freiheit näher machen können. Sie haben das aktive und das passive Wahlrecht erhalten, und bei den vor kurzem vorübergegangenen Wahlen in die Skupschtina ist ihnen ein schöner Erfolg beschieden gewesen, wiewohl noch viele Deutsche, zumal in den slowenischen Teilen des Südslawenstaates, durch den herrschenden Terror abgehalten wurden, am Wahltage ihre Stimme für die Partei der Deutschen abzugeben. Die Deutschen haben insgesamt 9 Mandate errungen, davon 8 im Banat und in der Batschka, eins im Marburg-Cillier Wahlkreis. Die Zahl der Mandate erscheint verhältnismäßig klein. Aber wenn man die Parteienzersplitterung in Südslawien kennt, dann wird man die Partei der Deutschen schon heute mit anderen Augen ansehen. Hat doch die Partei des klerikalen Slowenenführers, Dr. Koroschetz, der jetzt bei den Verhandlungen über die Neubildung der Regierung wiederum eine bedeutende Rolle spielen wird, nicht mehr als 22 Mandate, die serbischen Mohammedaner, um deren Gunst sich die Radikalen bemühen, um eine tragfähige Mehrheit zu erhalten, gar nur 13 Mandate. Man darf also hoffen, daß die neun Deutschen im Belgrader Parlamente einige Erfolge für ihre Nation werden erringen können.

Über die Politik, welche die Partei der Deutschen zu verfolgen gedenkt, hat der Abgeordnete Dr. Kraft, der geschäftsführende Obmann der Partei, dem Berichterstatter eines Belgrader Blattes u. a. folgendes mitgeteilt: „Die Wünsche und Forderungen unserer Partei sind im Hatzfelder Parteiprogramm niedergelegt, welches am 17. Dezember 1922 in Hatzfeld von 4500 deutschen Vertrauensmännern aus allen deutschen Siedlungsgebieten des Landes genehmigt wurde, und daher nicht etwa das Programm einer Gruppe ist, sondern, wie dies auch die Wahlen gezeigt haben, das politische Programm der gesamten deutschen Staatsbevölkerung von Slowenien bis zur rumänischen Grenze darstellt." Die Forderungen, die damals aufgestellt wurden, beziehen sich fast ausschließlich auf die Sicherung der Lage der Deutschen im S. H. S.-Staate und auf die Erzielung ihrer Gleichberechtigung.

In manchem anderen Staate würden diese Forderungen als Selbstverständlichkeit erscheinen, im Südslawenstaate sind sie es leider nicht.

„Diese Forderungen," sagte Dr. Kraft weiter, „fanden im amtlichen Organ der Radikalen eine zustimmende Besprechung, die nur in zwei Punkten Vorbehalte machte: Wenn diese Stellungnahme bei der „Samonprava" den Anschauungen der maßgebenden Kreise der radikalen Partei entsprach und diese Anschauungen auch noch heute bestehen, so käme das im wesentlichen einer Anerkennung und Annahme des Hatzfelder Programms unserer Partei gleich. In diesem Falle wäre natürlicherweise die Möglichkeit eines politischen Zusammenwirkens beider Parteien gegeben. Wir haben bereits in Hatzfeld programmatisch ausgesprochen, daß wir jede Partei unterstützen werden, die eine aufbauende Staats- und Wirtschaftspolitik befolgt, die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebensinteressen der loyalen deutschen Staatsbevölkerung zu berücksichtigen bereit ist und eine gerechte Behandlung aller völkischen Minderheiten im Sinne voller bürgerlicher Gleichberechtigung, wie sie einem Rechtsstaate allein ansteht, gewährleistet. Ich muß jedoch bemerken, daß über diese Frage weder Verhandlungen geführt wurden noch solche gegenwärtig geführt werden. — Unser Programm ist ein ausgesprochenes Minderheitsprogramm, in dem eine Lösung gesucht und, wie wir glauben, auch gefunden wurde, wie die Rechte und Ansprüche der völkischen Minderheiten mit den wohlverstandenen Interessen des Staates in Einklang gebracht werden können.

Wir erblicken in dem Minderheitenproblem einen einheitlichen Fragenkomplex, der keine einseitige Lösung zugunsten einer oder der anderen Minderheit zuläßt. Jeder Fortschritt, der in der Richtung einer gerechten und liberalen Lösung des Minderheitenproblems erzielt wird, muß mit logischer Folgerichtigkeit unmittelbar oder in kurzer Zeit allen Minderheiten zugute kommen. So ist jede Minderheitenpartei nach Natur der Sache Fürsprecher und Vertreter der Minderheiten überhaupt. Aber auch darüber hinaus ist die Partei der Deutschen gerne bereit, für die gerechten Wünsche und Beschwerden auch der nichtdeutschen Minderheiten einzutreten, um so mehr, als sie damit der Idee der Verständigung und des freundschaftlichen Zusammenlebens aller Völker unseres Staates und damit auch einer gedeihlichen Entwicklung des Staates selbst zu dienen hofft."

Wie die vorangegangenen Berichte aus anderen Ländern, so zeigt auch dieser Bericht mit voller Deutlichkeit, daß das Minderheitenproblem noch nicht überall in seinem vollen Umfang und in seiner ganzen Tiefe erkannt und erfaßt worden ist. Dieses Problem ist ein besonderes Problem Osteuropas. Zwar gibt es auch anderswo national gemischte Bevölkerungen, aber in Osteuropa gibt es nicht ein Land, zu dessen Bevölkerung außer der Hauptnation nicht auch Angehörige mehrerer anderer osteuropäischer Nationen gehörten, und es gibt auch nicht ein osteuropäisches Volk, dessen Glieder nicht außer in dem Lande, in dem sie die Mehrheit bilden, auch noch in mehreren andern osteuropäischen Ländern in größerer Zahl ansässig wären. Daß Staatsgrenzen und Volksgrenzen sich nirgends decken und sich nirgends decken können, ist eines der besonderen Kennzeichen Osteuropas. Von einer gedeihlichen Lösung des Minderheitenproblems hängt zum guten Teil die Politik dieser Staaten ab, und ohne eine wohlwollende Behandlung der Minderheiten ist ein wirklich und dauernder Friede, ein wirkliches nachbarliches Verhältnis zwischen diesen Staaten nicht denkbar. Jede Härte oder gar Ungerechtigkeit gegenüber den Minderheiten aber führt zu Gegenmaßnahmen auf der anderen Seite und zu einer Repressalienpolitik, die auf die Dauer kein Einsichtiger gutheißen kann und die eine Annäherung der Völker aneinander und eine Verständigung zwischen ihnen außerordentlich erschwert, unter Umständen vielleicht unmöglich macht.

Eines der unangenehmsten Symptome der Minderheitenkrankheit ist in der letzten Zeit die Behandlung der Minderheitenpresse. Die Deutschen in der Tschechoslowakei klagen darüber ebenso wie die Deutschen in Südslawien, in Rumänien und in Polen, wo in der letzten Zeit die Verurteilungen deutscher Redakteure (besonders in Bromberg) sich in geradezu erstaunlicher Weise häufen, und wie die Polen in Litauen (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 126) und auch die Polen in Deutschland (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 125). Auf diesem Gebiet ganz besonders wäre eine Verständigung zwischen den in Betracht kommenden Staaten dringend notwendig. Die Minderheitenpresse könnte eine Brücke zwischen den Völkern sein und wesentlich zur Reinigung der Atmosphäre in Osteuropa bei-

Eine Programmrede des Außenministers Seyda.

Der neue Außenminister Seyda hielt in der Freitagssitzung des Senatsausschusses eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Die Grundlage unserer Außenpolitik ist das Bewußtsein, daß der Sieg der alliierten Mächte im Weltkriege und die Niederlage Deutschlands der Grundstein unserer Unabhängigkeit und unseres Zusammenschlusses ist. Deshalb stehen wir der von Frankreich und Belgien gegenüber Deutschland im Ruhrgebiet geführten Aktion mit großer Sympathie gegenüber, nicht minder aber mit dem Verständnis dafür, daß der weitere Verlauf und das Resultat des Kampfes für unseren Staat unmittelbar von Bedeutung ist, weil davon die Rolle Deutschlands in Europa und sein Verhältnis zu Polen abhängt. Um Mitteleuropa und damit ganz Europa dauernden Frieden zu sichern, ist es notwendig, daß die Tätigkeit der Nationen und Staaten von der Ostsee bis zum Balkan vereinheitlicht wird. Die Verwirklichung dieses Programms hängt ab von der Beilegung des Konfliktes zwischen Polen und Tschechien, genauer: von einer Regelung des Schicksals der nationalen Minderheit in Teschen-Schlesien und der endgültigen Erledigung der Jauerfrage durch den Botschafterrat. Was Südslawien betrifft, so verbinden uns mit diesem Lande Wirtschaftsverträge, die bei gegenseitiger loyaler Anwendung Vertiefung und Erweiterung erfordern, die das Leben selbst vorschreibt."

Der Minister betonte darauf die Freundschaftsbeziehungen zu Italien und kam dann auf Rußland zu sprechen. Hierüber sagte er: „Im Osten Europas stehen wir stets vor einem sehr schwierigen Problem. Entgegen den Gerüchten, die durch offene und verkappte Feinde des Staates verbreitet und zu Börsenspekulationszwecken ausgenutzt werden, hat die polnische Regierung gegenüber ihren östlichen Nachbarn durchaus friedliche Absichten und denkt nicht daran, von diesem Wege abzugehen. Sie hat aber das Recht und die Pflicht, volle und gewissenhafte Verwirklichung der Bestimmungen des Rigaer Vertrages in ihrer ganzen Ausdehnung energisch zu verlangen. Die Erinnerungen an die Zeit, die vor kurzem das Gewissen der zivilisierten Welt erschütterte, werden nicht so leicht und schnell aus unserem Gedächtnis verschwinden. Will die Sowjetregierung, eingedenk unserer friedlichen Absichten, mit uns den Weg normaler Nachbarschaft beschreiten, dann wird es an ihr sein, konkrete Beweise guten Willens zu erbringen. Das Problem Danzigs ist durch Verschulden der polenfeindlichen Politik der Behörden der Freistadt Danzig eine Parodie dessen geworden, was es nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages, der in so bescheidenem Maße den vitalsten Interessen der Republik Genüge leistete, sein sollte. Ich habe in diesen Tagen den Aufenthalt des Generalkommissars des Völkerbundes, Sir Erik Drummonds, benutzt, um diesem die ganze Wahrheit zu sagen. Die Freistadt Danzig, die nach dem Versailler Vertrag ins Leben gerufen wurde, um Polen einen freien Zugang zum Meere zu sichern, erschwert uns diesen Zugang nach Möglichkeit und denkt, daß ihr Verhältnis zu Polen nicht auf Verpflichtungen, sondern einzig und allein auf Rechten und Vorschriften, selbst auf Kosten der Souveränität der Republik Polen, aufgebaut werden müßte. Wir haben dem Generalsekretär des Völkerbundes erklärt, daß die polnische Regierung trotz aller Provokationen weiterhin auf pazifistischem Boden und hinter dem Versailler Vertrag stehen wird, daß sie aber jegliche Verhandlungen mit dem Danziger Senat zurückweist. Wenn die Zusammenarbeit in Bahnen gedrängt wird, die dem Vertrage zuwiderlaufen, wenn man Unbilden schaffen will, dann möge es geschehen, aber wir werden nicht unsere Hand dazu hergeben, wir werden unsere Unterschrift nicht geben. Auf die Ungerechtigkeiten wird Polen nicht durch eine Tat antworten, die mit seiner Friedensgesinnung unvereinbar wäre, sondern sie wird legale, aber sehr entschiedene Mittel anwenden, die in Danzig zweifellos Ernüchterung bringen werden. Die Freistadt Danzig muß für Polen die Sicherung des Zugangs zum Meere und nicht dessen Versperrung sein."

Der Wortlaut des deutschen Memorandums.

W. T. B. meldet den Wortlaut des deutschen Memorandums an die Alliierten in folgender Form:

Wie bekannt, sind der Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortnoten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückäußerung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind. Demgemäß ist Donnerstag den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näherbringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung habe die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung der endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erststelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erststelliges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belastenden Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genußmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig.

Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

(Deutsche Pressestimmen zum Memorandum siehe S. 3.)

tragen. Man erschwert ihr die Erfüllung dieser Aufgabe, wenn man ihr das, was in wirklicher Wahrnehmung der berechtigten Interessen geschieht, als Staatsfeindlichkeit auslegt und wenn Verurteilungen zu hohen Geldstrafen und zu Gefängnis als Abschreckungsmittel verwendet werden.

Die Tatsache des Vorhandenseins des Minderheitenproblems in Osteuropa ist nicht wegzuleugnen. Daß dieses Problem wirklich gelöst wird, liegt im Interesse aller Staaten und Völker Osteuropas. Weder Ausweisungen noch Presseprozesse und Verurteilungen von Redakteuren bedeuten eine Lösung. Einen Schritt der Lösung entgegen würde es schon bedeuten, wenn alle in Betracht kommenden Staaten, dauernd eingedenk der Gegenseitigkeit der Interessen und der notwendigen Wirkung jeder Minoritätenpolitik jenseits der Staatsgrenzen, nach dem Grundsatz verfahren würden: „**Was du nicht willst, daß man dir** (oder **deiner** Minderheit im Auslande) **tu, das füg' auch keinem andern** (auch keiner Minderheit in deinem Lande) **zu!**"

Republik Polen.

Der Ministerrat

nahm in seiner Donnerstagssitzung u. a. folgende Anträge an: Einen Antrag des Vorsitzenden des Hauptliquidationsamtes über die Bestätigung des mit Ungarn über die Rückgabe von 85 Eisenbahnwaggons abgeschlossenen Vertrages, einen weiteren Antrag des Vorsitzenden des Hauptlandamtes über die Aufteilung von Kirchengütern, einen Antrag des Finanzministeriums über die Ausdehnung der Gültigkeitskraft des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer auf die schlesische Wojewodschaft, den Entwurf für die Novelle zum Gesetz über die Ermächtigung des Finanzministers, den Geldverkehr mit dem Auslande und den Fremdvalutaverkehr durch Verfügungen zu regeln, die Novelle zum Börsensteuergesetz und einen Antrag des Leiters des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über die weitere Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Invalidenversicherungsrenten.

Der Ministerrat erledigte ferner den Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer, die nach provisorischer Berechnung 750 Millionen Złoty betragen und alle Vermögen betreffen soll, deren Wert 2000 Złoty übersteigt. Ferner waren Beratungsgegenstand Angelegenheiten der Staatsfunktionäre.

Der Verwaltungsausschuß des Sejm

beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit den terroristischen Anschlägen der letzten Zeit. Nach einem Referat des Abg. Schipper erklärte der Innenminister, daß die Angelegenheit den Gerichten übergeben worden sei. Die öffentliche Meinung könne hinsichtlich ihrer Erledigung ganz beruhigt sein. Nach kurzer Aussprache wurde ein Beschluß gefaßt, in dem der Ausschuß die Angelegenheit als durch die Erklärung des Ministers und den vorhergehenden Sejmbeschluß als erschöpft betrachtet.

Abg. Putek von der Wyzwolenie-Gruppe referierte dann über den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungsstrafen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen werde, der die Verwaltungsangelegenheiten des ganzen Staatsgebietes umfassen soll.

Zum Schluß sprach Abg. Putek über die Behandlung der Emigranten in Posen durch die Verwaltungsbehörden. Die Aussprache über dieses Referat wurde bis zur nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfinden wird, vertagt.

Die Beschränkung der Zahl der jüdischen Studierenden.

In der letzten Sitzung des Kulturausschusses des Sejm wurde die Frage des numerus clausus besprochen. Abg. Thon stellte den Antrag, die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß zu überweisen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der anwesende Kultusminister Głąbiński erklärte, daß er in dem Antrage Niernik keine Verletzung der Verfassung sehe. Die Regierung habe sich mit der Frage des numerus clausus bisher noch nicht befaßt und werde ihre Meinung in den nächsten Tagen äußern. Abg. Langner stellte folgenden Antrag: „Bis zur offiziellen Stellungnahme der Regierung zum numerus clausus vertagt der Kulturausschuß die Aussprache über den Antrag auf Änderung des Art. 87 des Gesetzes über die akademischen Schulen." Der Antrag wurde mit 16 gegen 14 Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Die Verschuldung der Staatskasse in der polnischen Reichsbank

betrug am 30. April 2161 Milliarden und stieg bis zum 30. Mai au 2377 Milliarden, nahm also um ungefähr 216 Milliarden zu. Die seit Beginn des Jahres beobachtete Verringerung des Schuldenzuwachses wird durch die erhöhten Steuereinkünfte aus den indirekten Steuern, den erhöhten Post- und Eisenbahngebühren, den größeren Einnahmen aus dem Titel der Finanzabgaben und den beträchtlichen Bedarf für Złotybons erklärt.

Der Kampf gegen die Getreidespekulation.

Das Finanzministerium bearbeitet einen konkreten Entwurf für den Kampf mit der Getreidespekulation. Zu gleicher Zeit ist eine weit zugeschnittene Aktion zur Regelung der Regierungseinkäufe in die Wege geleitet worden.

Die sechsprozentigen Złotybons.

Der Finanzminister hat den Emissionspreis der sechsprozentigen Złotybons Serie I A, I B, I C auf 10 500 Mk. pro Złoty festgesetzt. Der neue Preis gilt vom 9. Juni ab.

Die Wünsche der Presse sollen erfüllt werden.

Der „Przegląd Wieczorny" meldet, daß die Presseforderungen, die auf den vom früheren Ministerpräsidenten General Sikorski einberufenen Journalistenkongreß gestellt wurden, in nächster Zeit ihre Berücksichtigung finden sollen. Das Referat hierüber ist dem Referenten des Ministerratspräsidiums, Dr. Felkel, übertragen worden.

Der frühere Ministerpräsident Ponikowski

wurde zum Rektor des Warschauer Polytechnikums gewählt.

„Piłsudczyzna".

Das Wort, das hier als Überschrift steht, ist der neueste Schlachtruf der polnischen Rechten, ihr Feldgeschrei gegen die Piłsudski-Anhänger, die seit einigen Tagen so lebhaft von sich reden machen. Der Aufsatz „Das Heer ohne Führer" in der „Polska Zbrojna" hat den Stein ins Rollen gebracht. Er rollt, wie es scheint, weiter.

Der „Kurjer Pozn." beschäftigt sich im Leitaufsatz seiner Sonnabendnummer mit der Angelegenheit. Er schreibt:

„Am Tage vor der Unterzeichnung der Ernennung des Kabinetts der polnischen parlamentarischen Mehrheit versuchte Piłsudski beim Staatspräsidenten persönlich durchzusetzen, daß die Ernennung nicht unterzeichnet würde. Seine Bemühungen verliefen natürlich im Sande. Piłsudski wurde darüber wohl belehrt, daß kein Präsident irgend welche Zweifel bezüglich des Wortlauts der Artikel der Verfassung haben könne und auch nicht haben dürfe. Zu derselben Zeit griffen die sozialistischen Conquistadoren, um der polnischen Mehrheit die Vervollständigung der Regierung zu erschweren, zu der Methode, Verwirrung zu verbreiten. Der Posten des Kriegsministers sollte besetzt werden. Die Generäle, denen man das Kriegsministerportefeuille antrug, machten die Annahme davon abhängig, daß zunächst die Verhältnisse im Heere durch einen anderen in Ordnung gebracht würden. Gleich nach Übernahme der Leitung des Kriegsministeriums durch General Osiński bemühten sich die Conquistadores unter dem Zeichen Piłsudskis, auf den neuen Leiter einen Druck auszuüben, der ihn zum Rücktritt veranlassen sollte. Gleichzeitig wurden verschiedene Gerüchte über seinen eventuellen Nachfolger und bevorstehenden Personalwechsel in Umlauf gesetzt, um verschiedene Personen zu verwickeln und Verwirrungen zu stiften. An demselben Tage, an dem die Ernennung des Kabinetts der polnischen Mehrheit unterzeichnet wurde, bat Piłsudski unformell den Staatspräsidenten um Befreiung von seinem provisorischen Posten (so lautete der Dezemberbefehl des früheren Kriegsministers, der Piłsudski zum Generalstabschef machte). Piłsudski hätte sein Rücktrittsgesuch an die vorgesetzte Behörde einreichen müssen, also an den Kriegsminister, dessen Amtsgeschäfte bereits General Osiński übernommen hatte. Die Angelegenheit des Rücktritts Piłsudskis ist immer noch in der Schwebe. Inzwischen aber erscheint im Organ des Kriegsministeriums ein Artikel, der den elementaren Grundsätzen des Militärdienstes zuwiderläuft und gegen die Verfassung gerichtet ist, unter dem beunruhigenden Titel: „Das Heer ohne Führer". Der Redakteur der „Polska Zbrojna", ein armseliger Dichter, Remigjrsz Kwiatkowski, der keine Ahnung vom Militärwesen hat, niemals aktiv gedient hat und von Piłsudski in den Rang eines Majors erhoben wurde. Der zur Anklage stehende Artikel untergrub das Vertrauen zur Regierung der polnischen Mehrheit, säte Mißtrauen und Zerfall im Heere und trug dabei die Merkmale einer Verschwörungsarbeit. Der Conquistadore der „Polska Zbrojna" wurde am darauffolgenden Tage auf disziplinarischem Wege vom General Osiński zu zwei Wochen Arrest verurteilt. Aber der Skandal mit der Piłsudski-Sippe zieht immer weitere Kreise. Es beginnen die phantastischsten Gerüchte umherzuschwirren. In der Linkspresse wüten Tag für Tag Angriffe, angeblich in Verteidigung des Staates und des Heeres; in Wirklichkeit aber verfolgen sie den Zweck, Verwirrung zu stiften und wenigstens Piłsudski zu retten. Andererseits ist man bemüht, die Meinung durch Kongresse einzuschüchtern, wie zum Beispiel durch den „Zjazd Kadrówki" am 10. Juni in Warschau usw. Wenn wir ein Heer haben wollen, das nicht durch sozialistisch-schmutzige Parteiarbeit gespalten wird, dann müssen wir mit der Piłsudskisippe radikal aufräumen. Die Demission Piłsudskis muß sofort erledigt werden."

Eine Versammlung der Piłsudski-Anhänger

soll am Sonntag (10. Juni) in Warschau stattfinden. Gegenstand der Beratungen ist der Rücktritt Piłsudskis. Als Redner sind vorgesehen die Abgeordneten Anusz, Moraczewski, Śmiarowski und Thugutt.

Bedeutsames Schweigen.

In Nummer 115 des „Kurjer Poz." vom 24. Mai befindet sich ein beachtenswerter Aufsatz über die Lage der katholischen Kirche. Der anonyme Verfasser wird von der Redaktion als gewichtige Persönlichkeit eingeführt und weiß offensichtlich mit den Dingen Bescheid. Er erinnert daran, daß der katholische Episkopat vor längerer Zeit ein Memorial an die Regierung gerichtet hat und daß dann eine Zeit des Schweigens gefolgt ist, wie man weiter sieht, eines sehr bedeutsamen Schweigens. Hat man bisher angenommen, daß die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und dem katholischen Episkopat einen den Wünschen der polnischen Katholischen entsprechenden Verlauf nähmen, so erfährt man jetzt, daß dies nicht der Fall ist. Es wird von einer geradezu fatalen Behandlung der Dinge gesprochen und unter anderem mitgeteilt, daß sich ein polnischer Beamter gegenüber der katholischen Kirche auf ein russisches Dekret berufen hat, welches die Russen selbst nicht in Wirkung zu setzen gewagt hatten. Der polnische Episkopat hat in seinem Schreiben an die Regierung hervorgehoben, daß der Episkopat an die Meinung des polnischen Volkes (Społeczeństwo) appellieren werde, falls seine Vorlagen, die unmittelbar der Staatsregierung gemacht worden sind, dort nicht die erwünschten Folgen hätten. Die Zeit des Schweigens, das ist der Sinn der Ausführungen des anonymen Verfassers, ist vorüber. Es muß offen gesprochen werden, damit das katholische Volk die Wahrheit erfährt und damit es über die Wünsche und Bedürfnisse seiner Kirche unterrichtet ist. Die einheitliche und kräftige Meinung der Katholiken wird der Kirche am besten das sichern, was ihr gebührt.

Steht es mit der evangelischen Kirche anders? Seit langem ist man sich darüber klar, daß etwas geschehen muß und daß die unierte evangelische Kirche des ehemals preuß. Abtretungsgebietes sich eine Verfassung geben und daß sie ihr Verhältnis zur Staatsregierung ordnen muß. Seit dem die letzte Landessynode im Dezember 1921 ihre wichtigen Beschlüsse gefaßt und besonders einen Verfassungsausschuß eingesetzt hat, ist nichts weiter bekannt geworden. Wozu dieses monatelange Schweigen? Es kann gewiß angenommen werden, daß das evangelische Konsistorium, wenn es von den schwebenden Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit dringen ließ, geglaubt hat, einer inneren Verpflichtung gegenüber der Staatsregierung zu entsprechen. Aber was hat das genützt? Es verdient die größte Beachtung, daß das Schweigen von dem Herrn Ministerpräsidenten Sikorski unterbrochen worden ist. Herr Sikorski hat bei seinen Äußerungen am 10. April im Posener Rathaus von den Vorschlägen des evangelischen Konsistoriums gesprochen. Auf diesem Wege also erfuhr die breitere Öffentlichkeit, daß der Staatsregierung Vorschläge überreicht worden sind. Etwas weiteres ergab die Interpellation, welche der Abgeordnete Herr Daczko am 18. Mai wegen der Ausweisung von 12 Geistlichen aus Pommerellen im Sejm eingebracht hat. Darin wird gesagt, daß zwischen dem Kultusministerium in Posen ein Benehmen bezüglich der Zulassung evangelischer Geistlicher aus Deutschland erfolgt ist. Unsere Erkundigungen an zuständiger Stelle haben uns die Richtigkeit dieser Mitteilungen wenigstens im wesentlichen bestätigt. Nachdem das Genfer Abkommen zwischen Posen und dem Deutschen Reiche zustande gekommen war, und eine gewisse Entspannung der Lage herbeigeführt hatte, ist in der Tat eine Aussprache zwischen einigen maßgebenden Persönlichkeiten erfolgt. Man war damals der Meinung, daß das, was für Oberschlesien nötig gewesen, sich auch für Posen und Pommerellen erreichen lassen müßte: Mündliche Verständigung. Wenn die beiderseitigen Besprechungen auch einen durchaus unverbindlichen Charakter trugen, so hatten sie doch insofern Gewicht, als maßgebende Persönlichkeiten an ihr beteiligt und nach gewissenhafter und sorgfältiger Erörterung der Lage zu einer übereinstimmenden Beurteilung in wesentlichen Beziehungen gelangt waren. Auf dieser Grundlage sind dann vom Evangelischen Konsistorium Vorschläge ausgearbeitet worden. Man hat sich hierbei an die Vorschläge gehalten, hinsichtlich derer in Warschau vorher eine Verständigung erzielt worden war.

Das war also die Situation, welche dadurch blitzartig beleuchtet wurde, daß Herr Sikorski am 10. April zur Überraschung aller Beteiligten erklärte, daß die Vorschläge von evangelischer Seite unannehmbar seien. Aber damit nicht genug. Herr Sikorski fügte hinzu, daß eine Repräsentation der evangelischen Kirche gebildet werden müsse, mit welcher der polnische Staat Verhandlungen beginnen könne. Beginnen! Herr Sikorski wußte, daß von evangelischer Seite Vorschläge eingereicht waren, — — — und gleichwohl seine Erklärung! Angesichts dieser Umstände wird sich niemand darüber wundern, wenn von evangelischer Seite genau so wie von katholischer im „Kurjer Poz." die Frage aufgeworfen wird, wozu das Schweigen? Für die Zukunft können wir jedenfalls nur den dringenden Rat geben, die evangelische Bevölkerung über den Fortgang der Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten. Das wird auch das beste Mittel sein, daß die verantwortlichen Leiter in dauernder Fühlung mit den Gemeinden und den Pastoren bleiben, und daß dies gegenwärtig die Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken ist, das wird wohl nicht bezweifelt werden können.

Man wird sich allerdings kaum Zweifeln darüber hingeben können, daß man der Redaktion des „Kurjer Poz." keinen Gefallen tut, wenn man die Äußerungen und Wünsche seines katholischen Gewährsmannes auf die unierte evangelische Kirche überträgt. Zwar spricht der Verfasser selbst von der Gleichberechtigung der katholischen Kirche. Aber was der „Kurjer Poz." darunter versteht, ersieht man, wenn man in der nächsten Nummer (116 vom 25. Mai) seine Entgegnung auf die Interpellation des Herrn Abgeordneten Daczko liest. Daß sie gleich in der Überschrift als „unverschämt" (bezczelne) bezeichnet wird, ist das geringste. Dagegen verdient wieder die nachdrücklichste Beachtung des „Kurjer", daß die Ausweisung der 12 evangelischen Geistlichen „ein vollständig richtiger und berechtigter Schritt der Regierungsfaktoren sei".

Der katholische Verfasser des Aufsatzes in Nr. 115 spricht von der Unabhängigkeit der Geistlichkeit von jedweder Regierung. Das ist in der Tat ein fundamentaler Grundsatz, dessen Durchführung von evangelischer Seite in gleicher Weise gefördert werden muß. Die hiesigen Evangelischen haben Bundesgenossen, es gibt ein allgemeines evangelisches Gewissen der europäischen Öffentlichkeit und eine Stimme dieses Gewissens, die auch lange mit Schweigen überdeckt ist, soll noch einige Worte sprechen. Am 10. April 1922, hat das Schweizer Zentralkomitee der Evangelischen Allianz Comité Centrale Suisse de l'Alliance) an den Herrn Staatspräsidenten eine längere Eingabe gerichtet, welche sich mit der Lage der Evangelischen in Polen beschäftigt. (Vgl. hierzu auch Evgl. Kirchenblatt v. 15. 11. 1922, Nr. 2, S. 45) Das Schreiben ist in französischer Sprache gehalten. Wir geben in Übersetzung folgendes wieder: „Wir haben freudig von den Artikeln 113 und 115 der polnischen Verfassung Kenntnis genommen. Sie bestätigt den festen Willen Ihrer Regierung, die religiösen Minderheiten zu respektieren und ihnen freie Ausübung ihres Kultes zu lassen . . . . . aber aus sicherer Quelle kommt uns die Nachricht, daß die evangelischen Gemeinden, welche von Preußen getrennt sind, dies freie Recht nicht voll besitzen. Sie sind das Opfer zahlreicher Peinigungen (victimes de nombreuses vexations), in deren Einzelheiten wir nicht eintreten wollen. Mehrere dieser Belästigungen rühren zweifellos von subalterner Seite her, und wir werden uns wohl hüten, ihre Regierung dafür verantwortlich zu machen. Aber es haben sich doch gewisse ernste Fälle zugetragen, welche wir schmerzlich empfunden haben. Wir erlauben uns daher, Eurer Exzellenz, Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit auf die Lage dieser evangelischen Minderheiten zu richten. Wir plädieren für unsere Glaubensbrüder vor Ihnen in der Sicherheit, daß es Ihrer Regierung angelegen sein wird, diese Gemeinden zu schützen und zu respektieren und daß sie alles tun wird, was in Ihrer Macht steht, damit diese Minderheitskirche frei ihren evangelischen Glauben ausüben kann. Indem wir uns auf die Verfassung stützen und an das Gerechtigkeitsgefühl der polnischen Regierung appellieren, nehmen wir uns die Freiheit, für diese Gemeinden um die uneingeschränkte Anwendung des Artikels 113 der Verfassung zu bitten, nämlich die Anerkennung der unierten evangelischen Kirche durch den Staat, die uns selbstverständlich erscheint, da diese Kirche unter der preußischen Herrschaft anerkannt worden ist, deren Erbe die gegenwärtige Regierung ist, das Recht, sich frei in Gemeinden zu organisieren und ihre kirchlichen Behörden einzusetzen ohne Einmischung des Staates (sans ingérence aucune de l'état) die Erhaltung und in einigen Fällen die Wiedererstattung ihrer Güter und ihrer Schulen, die Belassung ihrer Pastoren in ihren Parochien und ihrer Lehrer in ihren Schulen. Wir glauben nicht, daß irgend eine dieser Bitten über das hinausgeht, was Artikel 113 der Verfassung bewilligte."

Es folgen weitere Ausführungen über die Gründung des neuen Staates, über Freiheit und Toleranz, auf die man später vielleicht zurückkommen wird. Das Kabinett hat den Empfang bestätigt. Wer sich für den Inhalt dieses wichtigen Dokuments interessiert, findet einen vollständigen Abdruck, auch der Empfangsbescheinigung in dem „Journal religieux des Eglises indépendantes de la Suisse romande", Nr. 25 des 65. Jahrganges, erschienen in Neu-Chatel am 24. Juni 1922.

Wie es einem Gemeindevorsteher gehen kann, der seine Pflicht tut.

In Gościejewo im Kreise Obornik (fr. Bülowstal) hatte die Gemeinde schon vor längerer Zeit dem Gemeindeschmied Krajniak gekündigt, da sie mit seinen Leistungen unzufrieden war. Der Schmied weigerte sich, die Schmiede und die Wohnung zu räumen. Die Gemeinde wandte sich an das Gericht und führte im Januar einen Exmissionsbeschluß herbei, nach dem der Schmied Wohnung und Schmiede sofort zu räumen hatte. Der Schmied legte Widerspruch ein und es kam zu einer neuen Verhandlung und zu dem Beschluß, daß der Schmied die Wohnung am 4. April (da auf den 1. April Ostern fiel) zu räumen hatte. Der Schmied erklärte sich damals auch selbst bereit, sich diesem Beschluß zu fügen. Trotzdem ging er zu dem angegebenen Termin nicht freiwillig, und der Gemeindevorsteher wandte sich ordnungsgemäß an den Gerichtsvollzieher und forderte ihn auf, die Exmission durchzuführen. Der Gerichtsvollzieher machte die Vollstreckung der Exmission von einer Bescheinigung des Kommissars abhängig, daß dem Schmied eine andere Wohnung zugewiesen sei. Die Bescheinigung wurde vom Kommissar verweigert, und zwar mit der Begründung, er wolle nicht dazu beitragen, daß ein Pole exmittiert würde, um einem Deutschen Platz zu machen, es ginge gegen seine Überzeugung. Bei dieser Gelegenheit machte er dem Gemeindevorsteher überhaupt Vorhaltungen darüber, daß er in der letzten Zeit die Deutschen allzusehr „toleriere". Was den Nachfolger des zu exmittierenden Schmiedes betrifft, so hatten sich zuerst vier Anwärter gemeldet: drei Polen und der deutsche Schmied Steinke aus Trockenhauland. Zwei von ihnen wurden von der Gemeinde sofort abgelehnt, da sie aus ihren früheren Stellungen wegen Streikvergehens entlassen worden waren. Der dritte verzichtete selbst, da ihm die Verhältnisse nicht günstig genug schienen. So blieb nur der deutsche Schmied Steinke, der überdies aus seinem früheren Wirkungsort ein vom dortigen polnischen Gemeindevorsteher ausgestelltes vortreffliches Zeugnis vorlegte. Es kann noch hinzugefügt werden, daß St. fließend polnisch spricht, polnische Lehrlinge beschäftigte und bei der polnischen Bevölkerung durchaus in gutem Rufe stand.

Da die Frau des Schmiedes Krajniak unterdes in die Wochen kam, wurde vorläufig von der Räumung der Wohnung abgesehen, und der Gerichtsvollzieher bekam den Auftrag, am 1. Juni seine Exmission aus der Schmiede herbeizuführen. Das geschah, und danach wurde von dem Gemeindevorsteher und dem Schmied Krajniak in der Wohnung des Lehrers ein Protokoll über die Vollstreckung der Exmission unterzeichnet, in dem der Schmied zugleich ausdrücklich erklärte, daß er keine Ansprüche auf die Schmiede mehr hätte. Danach begab sich der Gemeindevorsteher nach der Schmiede, um sie ordnungsgemäß zu verschließen. Als er gerade einiges Gerät, das vor der Türe der Schmiede stand, beiseite räumen wollte, wurde er von Dorfbewohnern und von Bewohnern des Nachbardorfes überfallen und tätlich mißhandelt. Außer ihm wurde auch der Schöffe Risto von den Leuten angegriffen, so daß beide flüchten mußten, der Gemeindevorsteher in die Schule, der Schöffe R. zu einem in der Nähe wohnenden Besitzer. Die erregte Menge begnügte sich nicht damit, daß sie den Gemeindevorsteher und den Schöffen verprügelten,

sondern sie versuchte noch, mit Gewalt in das Schulhaus zu dringen, in dem der Gemeindevorsteher sich verborgen hielt. Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß um diese Zeit der Kommissar in das Dorf kam. Er traf auf der Straße einige verletzte Leute und erschien in der Wohnung des Lehrers, um den Vorfall protokollarisch aufzunehmen. Es wurden mehrere Beteiligte und Zeugen vernommen, merkwürdigerweise aber nicht der Gemeindevorsteher des Nachbarortes, der auch Zeuge des Vorfalles geworden war und dessen Aussage die Angreifer vermutlich schwer belastet hätte.

Ohne Befragung der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstehers wurde der exmittierte Schmied Krajniak von Dorfbewohnern wieder in die Schmiede hineingesetzt, und als der Gemeindevorsteher daraufhin erneut seine Exmission durchführen lassen wollte, und sich dazu polizeilichen Schutz erbat, wurde ihm vom Kommissar erklärt: **Der Gerichtsvollzieher hätte ja die Exmission schon vollstreckt,** bei einer abermaligen Exmission behilflich zu sein, hätte er, der Kommissar, keine Veranlassung.

Der auf Gerichtsbeschluß exmittierte Schmied sitzt heute noch in der Schmiede, zu deren Räumung er gerichtlich verurteilt war, und die Striemen und Beulen des Gemeindevorstehers, eines durchaus einwandfreien, achtbaren, bejahrten Mannes, zeugen davon, wie es einem Dorfoberhaupt gehen kann, das seine Pflicht tut.

Die deutsche Mark ist von Frankreich ruiniert

Im Untersuchungsausschuß über den Marksturz kam es zu der Feststellung, daß die Hauptschuld am Valutaelend Deutschlands den Franzosen zufällt.

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.) erklärte: „Die Grundlage für unser Elend liegt darin, daß unsere **Feinde seit vier Jahren versuchen,** die deutsche Wirtschaft in Grund und Boden zu ruinieren, daß sie beständig in der Welt den Glauben zu verbreiten zu suchen, die deutsche Regierung, die Reichsbank sabotiere die Mark, um nichts zu bezahlen. Ich frage den Vertreter des Finanzministeriums: Was ist **von seiten des Auslandes** geschehen, um die deutsche Währung zu sabotieren. Staatssekretär **Schröder:** Der erste Artikel im „Temps" vom 22. oder 23. Februar, der beanstandete, daß die Reichsmark die Garantie für die Rückzahlung der Schatzanleihen in Gold übernehmen wollte, wurde in der deutschen Presse bekämpft. Seitdem ist von Frankreich in der Presse nichts weiter geschehen. Am 16. März aber, unmittelbar nach Beginn der Zeichnung, tauchte in französischen Zeitungen die Mitteilung auf, die französische Regierung habe einen Antrag bei der Reparationskommission gestellt, daß die Anleihe nicht berechtigt sei, daß evtl. das ganze Aufkommen für Reparationszwecke beschlagnahmt werden müsse. Es ist nun auffällig, daß bis zum 16. März die Zeichnungen erheblich stärker eingegangen sind als nachher. Darum ist der Einfluß des französischen Vorgehens nicht zu verkennen. Abg. **Dernburg:** Unser Elend, das stelle ich fest, kommt her von den beständigen Treibereien der Franzosen, das Deutsche Reich zu vernichten. Soll man sich nach alledem, was wir erlebt haben, wundern, daß die deutsche Mark ins Rutschen gekommen ist. Das sage ich gerade an dieser Stelle, in einer Kommission, auf die die Augen der Welt gerichtet sind.

Ueber die Brüsseler Konferenz

wurde durch Havas ein offizielles Communiqué ausgegeben, in dem festgestellt wird, daß die verschiedenen durch die Ruhrbesetzung entstandenen Fragen von beiden Regierungen besprochen und daß alle früheren Bestimmungen restlos (intégralement) bestätigt worden seien. Das gelte namentlich für die Bedingungen, unter denen die **Räumung des Ruhrgebiets** nach erfolgter Zahlung vor sich gehen soll, und für die Forderung, daß vor jeder Verhandlung mit Deutschland der **passive Widerstand aufgegeben** werden müsse. Außerdem haben die beiden Regierungen sich über Maßnahmen geeinigt, **welche den Druck auf Deutschland verstärken,** um die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erzwingen.

Der „Temps"

faßte noch einmal in 7 Forderungen den Standpunkt Frankreichs zusammen. Erwähnenswert unter diesen Forderungen sind die fünfte, wonach Frankreich **keine neue Diskussion und noch weniger ein neues Schiedsgericht** zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit zuzulassen vermag. Ferner die sechste: Hinsichtlich der Zahlungsart oder der Art, wie sich Deutschland die notwendigen Mittel verschafft, gedenkt Frankreich **keines der Mittel** anzuwenden oder auch nur zu empfehlen, das im **unbesetzten Deutschland** versucht werden soll. Frankreich könne auch keine Verantwortung für einen solchen Versuch übernehmen. Vorausgesetzt, daß die 7 Grundforderungen anerkannt werden, soll über die Sicherheitsfrage weiter nicht gesprochen werden. Vorläufig biete ja das besetzte Gebiet eine gewisse Sicherheit. Es wäre aber Frankreich sehr erwünscht, die freundschaftliche Auseinandersetzung über ein **Bündnis mit England** wieder aufzunehmen. England braucht keine große Armee zu unterhalten, auch nicht beständig bereit zu sein, nötigenfalls auf dem Festland einzugreifen. Es braucht vielmehr nur einen Vertrag zu unterschreiben, in dem die Verbündeten sich verpflichten, **keine Änderung der im Friedensvertrag bestimmten Grenzen Deutschlands zu gestatten.** Wenn dazu noch Bestimmungen hinzugefügt würden, die beiden Regierungen die gegenseitige Unterstützung ihrer Luft- und Seeverbindungen zur Pflicht macht, dann würde in Europa niemand mehr wagen, Verträge zu verletzen oder den Frieden zu stören.

Deutsche Pressestimmen zum Memorandum

Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" begrüßt es, daß das Schriftstück der deutschen Regierung **nicht als Note, sondern als Memorandum** gesandt wurde. „Es konnte ernsthaft keine Rede davon sein, daß Deutschland von dem Anerbieten, das es in der Mainote gemacht hatte, irgendwie zurückwiche oder gar darüber hinausginge. Die Regierung steht zu ihrem Wort und hat sich weder durch heftige Drohungen noch durch sogenannte gute Ratschläge vom Ausland her beeinflussen lassen. Damit hat die Regierung, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach, vor aller Welt erklärt, daß mit der Mainote ein ultima Thule erreicht ist. An den entscheidenden Stellen der Entente wird man, soweit wirtschaftlicher Verstand noch nicht völlig von bösem Willen und Eroberungssucht überwunden ist, diese Tatsache verstehen und hoffentlich den Mut dazu finden, die Konsequenzen zu ziehen. Die Reihe der sibyllinischen Bücher ist bekanntlich nicht endlos. Jedenfalls wird das deutsche Volk es dem Kabinett Cuno Dank wissen, daß es in entscheidender Stunde Fuß beim Male gehalten hat. Hätte es anders gehandelt, so wäre jede Aussicht mit den Gegnern zu Verhandlungen zu kommen, von vornherein beseitigt gewesen. Ob es auf Grund des Memorandums freilich wirklich zu Verhandlungen kommen wird, steht dahin. Falls Frankreich in Übereinstimmung mit seinen politischen Plänen, die auf **Eroberung deutschen Gebiets und Zertrümmerung der deutschen Einheit** ausgehen, wiederum Verhandlungen unmöglich machen sollte, so gilt es, auch dieser Konsequenz furchtlos ins Auge zu schauen. Durch den deutschen Eventualvorschlag, die Leistungsfähigkeit des Reiches durch eine internationale Kommission festzustellen, in der freilich Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied und nicht nur als Objekt der Ausplünderung, wie bei der berüchtigten „Reparationskommission" vertreten wäre, ist Frankreich wieder einmal gezwungen, offen Farbe zu bekennen und seinen Verbündeten, die Geld haben wollen, das Spiel zu verderben. **Bleibt Frankreich bei seiner imperialistischen Politik, so gibt es für Deutschland keine andere Parole, wie Fortsetzung des Widerstandes.** An diesem deutschen Willen zum Widerstande werden auch weitere Wellen der Geldentwertung mit allen ihren schweren innerpolitischen Konsequenzen nichts zu ändern vermögen."

Im „**Berliner Tageblatt**" schreibt Erich **Dombrowski:** „Erst wenn man die Vorschläge, die die Reichsregierung jetzt zur Lösung der Reparationsfrage den Alliierten macht, in ihren finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen bis zu Ende durchdenkt, wenn man nicht bloß mit dem Gefühl und mit spielenden Gedanken an all das herantritt, sondern immer wieder die realen Tatsachen, das heißt die Zahlen, die trockenen, nüchternen Zahlen sprechen läßt, kann man sich eine Vorstellung von der fast übermenschlichen Bürde machen, die das deutsche Volk mit diesen angebotenen Opfern auf sich nehmen will. Ueber den Friedensvertrag hinaus, der nur die Haftung des staatlichen Eigentums vorsah, soll jetzt auch die gesamte deutsche Privatwirtschaft den Reparationsverpflichtungen untergeordnet werden. Davon wird nicht bloß irgendeine kleine Schicht glücklicher Sachwertbesitzer, sondern jeder Produzent und letzten Endes jeder Konsument unmittelbar betroffen. Das deutsche Volk wird gleichsam wieder klein von vorne anfangen müssen, um, jeder einzelne für seinen Teil, in mühevoller harter Arbeit die Reparationsschuld im wahrsten Sinne des Wortes abzuarbeiten. Es ist denn auch natürlich, daß die Reichsregierung an Stelle eines Notenwechsels jetzt einen mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch mit den Alliierten vorschlägt, damit alle diese Fragen, die das gesamte deutsche Volk in seinem Lebensnerv, in seinem Dasein berühren, in vernünftiger und objektiver Weise geklärt werden. Deutschland hat alles Interesse daran, da es mit dieser eingehend substanziierten Offerte heraustritt, daß die Welt seinen ehrlichen Willen sieht, bis an die letzten Grenzen der Leistungsfähigkeit die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Nun haben die anderen das Wort.

In der „**Vossischen Zeitung**" weist Georg Bernhard darauf hin, daß die Beschränkung auf die Punkte, die den Antworten der Alliierten gemeinsam waren, keineswegs bedeuten, daß man die französischen Einwendungen, insbesondere die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes, für gleichgültig hält oder daß man glaubt, sich nicht noch mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. Nach einer Analyse der deutschen Vorschläge faßt G. Bernhard sein Urteil folgendermaßen zusammen: „So bildet das deutsche Memorandum nach innen und außen ein Schriftstück, das alle Möglichkeiten offen läßt. Es wäre die ausgezeichnetste Verhandlungsgrundlage, wenn es sich um einen wirtschaftlichen Streitfall oder um einen zivilrechtlichen Prozeß handelte. Die deutsche Regierung scheint die Hoffnung zu haben, daß sie mindestens für die Vorverhandlungen die internationale Atmosphäre entpolitisieren und durch die Zurückführung der Reparationsfrage auf wirtschaftliche Verhandlungen entspannen kann. Aus dieser Hoffnung ist die rein sachliche geschäftsmäßige Form des Memorandums zu erklären. Erfüllt sich diese Hoffnung, so wird der Note jene Wirkensmöglichkeit eröffnet, die der ersten Note versagt blieb."

Im „Tag" führt Erich Schwarzer aus, daß eine Aufgabe des passiven Widerstandes durch das Schweigen der Note über diesen Punkt nicht angedeutet wird. Die Aufgabe des passiven Widerstandes würde der Situation bei der Waffenstreckung im November 1918, also der Kapitulation entsprechen. Da die Regierung Cuno, wie sie als Programm verkündete, ein **Kabinett des Widerstandes** sein will, so dürfe sie nicht als Kapitulationsregierung enden wollen. Vielmehr hätte wohl Herr Cuno, wenn er ernsthaft als Begleiterscheinung der Note die Beendigung des passiven Widerstandes sähe, seine Demission gegeben. Dies vorausgesetzt, wollen wir annehmen, daß Herr Cuno über die Voraussetzungen des Verhandelns sich mündlich noch äußern wird. Wir brauchen eine Erklärung der Regierung, die keinen Zweifel an der Fortsetzung des passiven Widerstandes läßt. Ein Ausbleiben dieser Erklärung würde das Scheitern der Mission Cunos bedeuten.

Im ganzen genommen ist die Note der Form nach auf die Mentalität des Auslandes eingestellt. Die Regierung spricht den Wunsch nach einem mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch aus. Ob dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, hängt wohl jetzt nicht mehr von uns ab. **Die Regierung ist durch diese Note außerordentlich weit gegangen,** und jeder Schritt weiter auf diesem Wege müßte die Kapitulation bedeutend erleichtern. Die englische Regierung, an deren Adresse die Note wohl hauptsächlich gerichtet ist, wird jetzt zu beweisen haben, wie weit sie auf dem Kontinent und auf die Verbündeten noch Einfluß besitzt. Ihre Aufgabe wäre es jetzt, zusammen mit Italien auf die französische Regierung einzuwirken, damit die in der deutschen Note angeregte Konferenz unter gleichberechtigter Hinzuziehung Deutschlands stattfinden kann.

In der „**Deutschen Tageszeitung**" bedauert **Paul Becker** aufs schärfste die nochmalige ausdrückliche Erklärung der Note: „Deutschland erkennt seine Verpflichtungen zur Reparation an." Er fährt dann fort: „Unsere ernsten Zweifel daran, daß eine internationale Instanz, die Deutschlands Leistungsfähigkeit festzusetzen hätte, sich von bedenklichen politischen Einflüssen und Gesichtspunkten wirklich freihalten würde, haben wir bereits im Anschluß an die deutsche Note vom 2. Mai ausgesprochen. Die Hoffnung, Frankreich vielleicht zu isolieren und noch sichtbarer ins Unrecht zu setzen, ist u. E. mit solchen Angeboten zu teuer erkauft. Allerdings bleiben auch, wie gesagt, wesentlich die Entschuldigungen bestehen, die die Regierung Cuno für dieses Vorgehen hat. Sie trägt die unheilvolle Erbschaft der Erfüllungspolitik ihrer Vorgängerinnen auf ihren Schultern; und ihr nationaler Wille, an dem zu zweifeln auch heute kein Grund vorliegt, leidet offenbar unter dem Bleigewicht der parteipolitischen Einstellungen der Linken. Davon, ob die Regierung Cuno doch noch die Kraft findet, sich und die große Mehrheit des deutschen Volkes, die ihr immer noch zu folgen bereit ist, von dem Bleigewicht dieser Illusionen und Unverantwortlichen freizumachen, wird es entscheidend abhängen, ob diese Ergänzungsnote sich als ein Schritt auf rettungslos abschüssiger Bahn auswirkt, oder ob das deutsche Volk den Widerstandswillen zurückgewinnt, aus dem uns allein die Rettung kommen kann. Die auch im günstigsten Falle sicher zu erwartende Forderung Frankreichs, den passiven Widerstand an der Ruhr aufzugeben, wird voraussichtlich die nächste Probe sein."

Die Schwierigkeiten in Lausanne.

Die noch strittigen Fragen der Lausanner Konferenz, wie die der wirtschaftlichen Konzessionen, der türkischen Schatzbonds und der Besetzung Konstantinopels, sind trotz fortgesetzter Besprechungen mit Ismet Pascha in den letzten Tagen nach wie vor unentschieden. Auch in der Amnestiefrage gehen die türkischen und französischen Ansichten noch weit auseinander. Die Türkei widersetzt sich besonders, wie schon kurz berichtet, der **Rückkehr von 100 000 Armeniern,** die sich augenblicklich in Smyrna aufhalten und dort von der französischen Regierung unterstützt werden.

Aus den Erklärungen, die Ismet Pascha der türkischen Presse abgab, ergibt sich folgendes Bild des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen: Die Konferenz wird gegenwärtig beherrscht von der Kupons- und Konzessionsfrage. In der Kuponsfrage stellten die Türken folgende drei Kompromißvorschläge zur Erörterung:

1. Man möge die Frage der ottomanischen Schuld überhaupt aus dem Vertrage herausnehmen und sie später durch die türkische Regierung und die Titelinhaber regeln lassen;

2. falls die Alliierten die türkische Erklärung im Vertrage über die Anerkennung der Abkommen über die ottomanische Schuld forderten, müßten türkische Vorbehalte über den Zahlungsmodus, das heißt die Währung der Bezahlung, zugelassen werden.

3. Eine dritte Lösung bestände darin, sich sofort über die Währung zu verständigen. Eine Antwort der alliierten Delegierten auf die Vorschläge erfolgte zunächst nicht, da sie erst an ihre Regierungen Bericht erstatten.

Was die Konzessionsfrage betrifft, so sind die Türken mit einer Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse einverstanden, falls der Grundsatz der Anpassung an die neuen Verhältnisse auch zugunsten der Türkei in der Kuponsfrage Anwendung findet. Damit erwächst eventuell die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen den Alliierten und den Türken derart, daß die Regelung auf Grund türkischer Zugeständnisse bei den Konzessionen gegen alliierte Zugeständnisse in der Kuponsfrage erfolgt. In türkischen Kreisen erklärt man, daß, falls nicht auf irgend einer von den Türken vorgeschlagenen Grundlage verhandelt würde, eine Unterbrechung der Konferenzarbeiten kaum zu vermeiden wäre.

Deutsches Reich.

** **Blutige Zusammenstöße in Leipzig.** Am Mittwoch nachmittag kam es auf dem Augustusplatz zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. An der Ecke der Grimmaischen Straße waren fünf Polizisten aufgestellt, die beschimpft, bedroht und schließlich niedergeschlagen wurden. Einer von ihnen erhielt einen Stich in den Rücken, an dem er nach kurzer Zeit starb. Trotz des Eintreffens von Polizeiverstärkung drängten immer neue Volksmassen gegen den Augustusplatz vor. So mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen. Abends wurden acht Tote und 97 Schwerverletzte, darunter 15 Polizisten, festgestellt. Nach Mitteilungen, die am Mittwoch abend in der Stadtverordnetensitzung gemacht wurden, spricht man von zwölf Toten, was durchaus nicht ausgeschlossen ist, da inzwischen mehrere Schwerverletzte ihren Verwundungen erlegen sein können. Plünderungen wurden durch die Polizei und den Ordnungsdienst verhindert. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl der Ordner wurden von der Menge mißhandelt. Der Polizeipräsident erließ ein Verbot für Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge.

** **Teuerungsdebatte im Reichstag.** Am Donnerstag nachmittag wurde im Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über Teuerungsmaßnahmen infolge Markentwertung besprochen. Der sozialistische Abgeordnete Aufhäuser erklärt, die französische Regierung habe mit der Ruhraktion das deutsche Volk den Kreisen ausgeliefert, die aus der Markentwertung Profit ziehen wollen. In den Unruhen zeigt sich die aufgespeicherte Erbitterung gegen die Nutznießer der Notlage, der ehrliche Zorn gegen die Passivität der Reichsregierung und gegen die Raffsucht weiter Kapitalistenkreise. Die Stützungsaktion für die Mark sei von den maßgebenden Wirtschaftskreisen gehemmt worden. Im April seien von den Veranlagungspflichtigen an **Einkommensteuer für das ganze Jahr 58,6 Milliarden** eingegangen, an **Lohnabzug für diesen einen Monat** dagegen **219,2 Milliarden** (?). Es liegt jetzt an der Regierung und den bürgerlichen Parteien, die Lösung der Krise **innerhalb des Parlamentes** zu ermöglichen, bevor die **Mobilisierung der Massen außerhalb des Parlamentes** nötig ist. Hierauf spricht als erster Vertreter der Regierung der Reichsarbeitsminister **Dr. Brauns.** Er verbreitet sich über die Erhöhungen der sozialen Unterstützungen, der Erwerbslosenunterstützung und den Preisabbau. Der Reichsfinanzminister **Dr. Hermes** bespricht das Steuerproblem. Der Reichswirtschaftsminister **Dr. Becker** erklärt, daß die kaum verhüllten Drohungen des Abg. Aufhäuser erkennen ließen, daß es ihm doch um **Agitation** zu tun war. Die Verarmung Deutschlands sei eine Folge des Krieges und des Versailler Friedensvertrages. Der Minister verweist auf die vom statistischen Reichsamt herausgegebene **Denkschrift,** deren Material man immer wieder verwenden müsse. Diese Denkschrift ist auch im Auslande in zahlreichen Exemplaren verteilt worden und hat große Beachtung gefunden. Die **Devisenspekulation** wird gewiß jeder verurteilen. Aber die Hauptursachen sind diejenigen, die sich aus dem Versailler Friedensvertrag ergeben. Wenn Spekulanten und Schieber das Geld ins Ausland verschleppen, so ist dafür nicht die gesamte deutsche Wirtschaft verantwortlich zu machen. Der deutsche **Einfuhrüberschuß von rund 2 Milliarden Goldmark** könne nur beseitigt werden durch **stärkere Produktion.** Wenn man sich darüber nicht einigen kann, so werden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten dazu zwingen.

** **Die Beamtengehälter.** Der Reichsrat nahm die Vorlage betreffend die neunte Ergänzung des Besoldungsgesetzes an. Danach würden die Grundgehälter der Beamten derart neu geregelt, daß die **Teuerungszuschläge,** bis jetzt 1700 v. H., **neu gebildet** werden. Die **Grundgehälter** werden **höher** bemessen und schließlich wird die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen auseinandergezogen. Bei Einbeziehung der Teuerungszuschläge wurde eine Multiplikation mit 18 bzw. mit 30 vorgenommen. Die **Frauenzulage** wurde auf 32 000 Mk. erhöht. Die Zulage für Verheiratete wird auch auf kinderlose Witwen ausgedehnt. Sie soll außerdem auch schuldlos geschiedenen gewährt werden. Bei Verhandlungen im Reichs-Finanzministerium ist auch über die Bezüge der Beamten und Angestellten des Ministeriums eine Verständigung erzielt worden. Ab 1. Juni soll der Teuerungszuschlag 2900 v. H. und der Frauenzuschlag 32 000 Mk. betragen.

** **Die Münchener Verschwörer und der tschechoslowakische Kohlenhändler.** Im Münchener Hochverratsprozeß kamen die Beziehungen der Verschwörer zu dem mitangeklagten **Kohlenhändler Munk** aus Mährisch-Gronau zur Sprache. Er war früher österreichischer Sozialist und ist dann in München bis Mitte 1922 mehrheitssozialistisch gewesen. Heute sei er unbedingter Monarchist. In der geplanten **Besetzung der Mainlinie durch die Franzosen** habe auch er die Gefahr einer Loslösung des Südens vom Reich erkannt. Ende 1922 sei er mit dem Major a. D. Mayr bekannt geworden, der sich durch Munks Vermittlung mit dem **tschechoslowakischen Generalstab** ins Benehmen setzen wollte, während Munk nur eine Vermittlung mit dem **tschechoslowakischen Außenministerium** herbeiführen wollte. Zu Beginn des dritten Verhandlungstages wurden nochmals die Angeklagten **Fuchs** und **Munk** vernommen. Munk erklärte, daß ihm die politische Einstellung Dr. **Kühles** bekannt gewesen sei. Er habe Kühles aber nicht zugetraut, daß er eine **gewaltsame Loslösung** Bayerns vom Reich wünsche. Er, Munk, habe Kühles mehrmals gewarnt, sich mit den Leuten einzulassen. Die Augen seien ihm erst aufgegangen, als Fuchs zu ihm sagte, als er ihm das Geld nicht gab: „Wir haben uns anderweitig geholfen." Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß ein Zeuge behaupte, daß Munk **deutschfeindlich** gesinnt wäre und Bemerkungen gegen Deutschland gebraucht habe, erklärte er, daß das nur ein Racheakt sein könne.

Aus aller Welt.

Eigenartiges Wahlrecht in Italien.

Der römische Ministerrat hat den Entwurf der **Wahlrechtsreform** angenommen. Danach bildet für die Bestimmung der Mandatszahl **ganz Italien einen einzigen Wahlkreis.** Daneben sollen für die Auswahl der Kandidaten regionale Wahlkreise gebildet werden. **Die siegende Partei erhält zwei Drittel aller Mandate** (!) Die Minderheiten teilen sich proportionell ins restliche Drittel. Die Frauen erhalten unter gewissen Voraussetzungen das Wahlrecht für die Gemeinden und die Provinzen, können jedoch weder Bürgermeister noch Magistratsmitglieder werden.

Frauenrechtlerinnen im Vatikan. Die Galerie des Vatikanischen Museums, die sonst nur Künstlern und Archäologen zugänglich sind, haben kürzlich zum ersten Male ein aus Frauen bestehendes Laienpublikum gesehen. Der Papst empfing hier 25 Teilnehmerinnen des in Rom tagenden Internationalen Kongresses für Frauenstimmrecht. Der Papst begrüßte die Damen mit vielbemerkter Herzlichkeit und zollte dem, was sie im Interesse der Fortschritte der Frauenbewegung in der Welt erreicht hatten, uneingeschränktes Lob, erklärte aber gleichzeitig, daß er den Kongreß offiziell nicht empfangen könne, weil die Kirche verschiedenen Punkten des von dem Kongreß vertretenen Programms, vor allem in Sachen der Ehescheidung, nicht zustimme.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Heute nachmittag um 4 Uhr entschlief sanft nach schweren Leiden mein über alles geliebter Mann, unser treuer Bruder, Schwager, Neffe und Onkel,

der Rittergutsbesitzer, Herr

Friedrich Seifarth

zu Pławce und Żabikowo.

Pławce, den 8. Juni 1923.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Maria Seifarth

geb. Wessel.

Die Trauerfeier findet statt Dienstag, den 12. Juni zu Pławce um 1½ Uhr nachmittags, daran anschließend Überführung nach Zdzychowice. Wagen stehen zur Abholung zum Zuge 11⁵⁷ Uhr in Środa bereit.

Nachruf.

Am 8. Juni d. J. starb

Herr Rittergutsbesitzer

Friedrich Seifarth

auf Pławce

im 53. Lebensjahre.

Seit 1909 war er Vorsitzender unseres Aufsichtsrates. Sein klarer und bestimmter Wille gab unserem Unternehmen Zielsicherheit und Aufschwung. Alles Kleinliche war ihm fremd, jegliche Nörgelei war ihm zuwider. Viele Worte liebte er nicht. Aufs Ganze kam es ihm an, so daß es eine Freude war, mit ihm auch in den schwersten Tagen zu arbeiten.

Sein gutes Beispiel im Leben und im Sterben bleibt uns unvergeßlich. [7534

Posensche Landesgenossenschaftsbank

sp. z ogr. odp.

Namens des Aufsichtsrats	Namens des Vorstandes
Peschken.	Swart. Boehmer.

Der Vorsitzende unseres Aufsichtsrats [7533

Herr

Friedrich Seifarth

auf Pławce

starb am 8. Juni nach heldenmütig ertragenem Leiden.

Seit Gründung unseres Unternehmens im Jahre 1901 gehörte er unserer Leitung an, zunächst als stellvertretender Geschäftsführer, dann seit 1909 als Vorsitzender unseres Aufsichtsrats. An keiner Sitzung hat er gefehlt. In jungen Jahren, als er selbst nur sorgenvoll wirtschaften konnte, hat er die Segnungen des Genossenschaftswesens erkannt und ist ihm treu geblieben, als es ihm gut ging. Seine reichen Erfahrungen und seine großen Kenntnisse der Güter unserer Wojewodschaft machten ihn zu einem ausgezeichneten Vorsitzer unseres Unternehmens. Sein bestimmter Wille und seine klaren Ausführungen halfen uns über viele Schwierigkeiten. Gar manchen Erfolg danken wir seiner Anregung und Förderung.

In aller Herzen setzte er sich ein Denkmal.

Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft

für den Aufsichtsrat:	für die Geschäftsführer:
v. Klitzing.	Beims. Geisler.

Am 8. Juni 1923 wurde uns

Herr

Friedrich Seifarth,

Rittergutsbesitzer auf Pławce und Żabikowo,

durch den Tod entrissen. Vorbildlich hat er sein jahrelanges schweres Leiden getragen. Ohne eine Klage und ohne einen Sehnsuchtswunsch stand er vornehm und stolz dem drohenden Tode gegenüber. Bis zur letzten Stunde galt sein Sinnen unserem Verbande, dessen Verbandsausschuß er seit 1905 angehörte. Sein Streben, nur das Wahre zu sehen und anzuerkennen, sein treffender Rat und seine freudige Tat machten ihn zu einem treuen und wahren Freunde.

Er wird uns fehlen!

Verband deutscher Genossenschaften in Polen.

Wegener.

Das Leben im Ruhrgebiet.

Übersetzung aus „The Times Weekly Edition" vom 24. Mai 1923.

Von Edith M. Pye.

Folgender Aufsatz wurde von einem Mitglied der „Society of Friends", einer Frau, die schon während des Krieges (wie ihre Aufzeichnungen zeigen) warme Sympathie für die Franzosen besaß, geschrieben. Sie ist soeben von einem dreiwöchigen Aufenthalt zur Information im Ruhrgebiet zurückgekehrt.

Die „Society oft Friends" schickte mich ins Ruhrgebiet, da ich, indem ich mehr als vier Kriegsjahre für sie in Frankreich gearbeitet hatte, die Franzosen kennen und lieben gelernt hatte. Als Leiterin des „Friends Hospital für Wöchnerinnen" kamen unter meiner Pflege nahezu tausend kleine Franzosen zur Welt. Die Sorgen und Schmerzen ihrer Mütter wurden die unsrigen, die zerstörten Heimstätten, aus denen wir sie holten, bekümmerten auch uns. Meine Freundschaft und Zuneigung für dieses Land ist einer meiner Gründe, die mich veranlassen, darüber zu schreiben, was ich in dem von den Franzosen besetzten Gebiet gesehen habe. Diejenigen, die es lesen, sollen wissen, was die militärische Besetzung für die Männer und Frauen bedeutet, denen sie zur Last fällt.

Viele Franzosen sehen selbst ein, daß die psychologische Atmosphäre, die sie jetzt in Deutschland schaffen, die sicherste Methode ist, die Greuel eines neuen Krieges herbeizurufen. Diejenigen unter uns, die die dortigen Leiden gesehen haben, müssen helfen, denen den Rücken zu stärken, die kämpfen, um einen Wandel in der Politik zu bewirken. Wäre es möglich gewesen, eine fremde militärische Besetzung, die dazu bestimmt ist, Druck auf eine entfernte Regierung auszuüben, ohne das gegenwärtige Leiden und Elend zustande zu bringen, es wäre geschehen unter der jetzigen humanen und ritterlichen Führung (!), man darf davon überzeugt sein. Aber die Auslieferung eines entwaffneten und durchaus hilflosen Volkes an eine fremde militärische Macht bringt natürlicherweise einen tief wurzelnden Groll hervor und alle die Übel, die ich während meines dreiwöchigen Aufenthalts mit eigenen Augen dort sah.

In ganz Essen gibt es **keine Polizei**. Da es auch keine Züge gibt, kommt man mit der Straßenbahn in der Stadt an, nachdem man ungefähr 25 englische Meilen in 3 bis 3½ Stunden gefahren, zweimal umgestiegen ist und möglicherweise den größten Teil der Strecke hat stehen müssen. An der Grenze der streng abgeschlossenen Zone steigen französische Soldaten in die Wagen, prüfen die Pässe und untersuchen oberflächlich die Pakete. Es sind ganz junge Leute, und einige von ihnen sehen aus, als ob sie sich ihrer unliebsamen Aufgabe schämten. Die müden Menschen in den überfüllten Wagen nehmen kaum Notiz davon; aber sobald die Soldaten verschwunden sind, hört man sie leise davon reden, welche Nachteile durch diese Verzögerung verursacht werden, wie eine Hebamme nicht habe rechtzeitig eintreffen können usw.

Anscheinend ist alles ruhig und gefaßt nach außen hin. Aber dieser friedliche Ausdruck dauert nicht lange. Freunde besuchen einen, und man wundert sich über ihre gedämpften Stimmen, ängstlichen Augen und zitternden Lippen. Erst sprechen sie vom Wetter, und dann öffnen sie sehr vorsichtig den Vorhang der Ruhe, und man schaut in eine Finsternis aus Angst und Bangigkeit.

Die Ausweisung von Familien.

Binnen drei Tagen, erzählen sie, ist den Frauen von über 300 Polizisten befohlen, mit ihren kleinen Kindern und ihrem Haushalt fortzuziehen. „Nehmen Sie sich doch einiger von ihnen an" — flehen sie einen an —, „in einigen Häusern sind Neugeborene". Eilig besucht man ein paar von den kleinen aufgeräumten Wohnungen. Hier ist eine junge Mutter; ihr Mann ist vor einem Monat ausgewiesen, weil er sich weigerte, zu grüßen; ihr Kindchen ist erst 3 Tage alt. Wie kann sie, hilflos und allein, den ganzen Umzug auf sich nehmen. Wohin soll sie ziehen? Kein Wunder, daß sie fiebert und schluchzt, während das Babi friedlich an ihrer Brust schläft.

Nebenan ist eine Frau, eben Witwe geworden, mit ihren beiden, nun vaterlosen, Mädchen. Der Vater war Schreiber eines Rechtsanwalts, der im obersten Stockwerk eines Etagenhauses neben der Ortspolizeiwache wohnte. Eines Abends, als er ausgegangen war, kam ein kleiner Trupp französischer Soldaten in die Polizeistation, aber die Polizisten flüchteten durch den kleinen Hinterhof. Eine halbe Stunde später kam der Schreiber selbst nach Hause, steckte gerade seinen Haustürschlüssel in das Schlüsselloch, als er angeschossen und tödlich verwundet wurde. Er lebte bis 9 Uhr früh am folgenden Tage. „Unfälle" — sagen sie — „die Franzosen sind so nervös!"

Mißhandlungen.

Gerüchte, die man durchaus nicht glaubt, kommen einem von allen Seiten zu Ohren. Man steigt viele Treppen hoch, um ein angebliches Opfer zu treffen. Die Tür öffnet sich, und man sieht eine blasse, zitternde Frau, die bei dem Anblick eines Fremden nach Luft ringt. Dann, wenn man sich vorgestellt hat, sagt sie: „Kommen Sie herein, ich bin gerade dabei, die von den Leuten ruinierten Kleider zu reinigen." Sie erzählt uns, daß ihr Mann, ein Zivildetektiv, festgenommen wurde, während er seiner Pflicht bei der Feuerwehr nachging, die den Polizeidienst in Essen versieht. Er wußte einen Namen nicht, nach dem man ihn fragte, wurde auf die Wache gebracht, geschlagen, mit Füßen gestoßen und schließlich mit den, bei ihm gefundenen Handschellen so lange auf dem Kopfe bearbeitet, bis er das Bewußtsein verlor.

In dem Augenblick trat der Mann selbst ein. Er war sehr groß und kräftig. Er trug einen Verband um den Hinterkopf und hatte Wunden im Gesicht und an den Lippen, die noch geschwollen waren. „Ich stand mit ausgestreckten Armen, bis ich die Besinnung verlor," sagte er, hätte ich mich gewehrt, hätten sie nicht fortgefahren, mich zu schlagen; ich hätte diese kleinen Kerls leicht töten können, und ich weiß jetzt nicht, wie ich diese Schmach ertrug."

Und dann das Warten und Wachen dieser Frau und anderer, deren Männer nicht zurückkehren, und wenn — blutig und entstellt! Kann man sich wundern, daß Furcht und Schrecken herrschen, wenn solche Geschichten sich verbreiten?

Folgendes Gerücht wurde über die Grenze gebracht in das unbesetzte Deutschland, in dem man freier atmet. In einer Klinik findet man zwei junge Männer, Telegraphenbeamte. Der ältere geht steif und schwer und hat heftiges Zittern in Kopf und Armen; der jüngere ist fast taub, mit einem geplatzten Trommelfell und hat Narben im Gesicht, die noch geschwollen und dick sind. Vor drei Wochen wußten sie noch nicht, was leiden heißt. Sie können eine schreckliche Geschichte erzählen. Sie wurden bei der Arbeit festgenommen, gestoßen, getreten und mit der Peitsche geschlagen, und schließlich wurde der ältere an die Wand gestellt und die Gewehre gegen ihn gerichtet. Der Jüngere wurde gefragt, ob er irgendeine Art Sabotage der älteren angeben könnte, von dem älteren verlangte man die Angabe von Adressen anderer Arbeiter und die des Materialdepots. Beide weigerten sich. Sie wurden fünf Tage gefangen gehalten und dann entlassen. Was mögen ihre Familien und Freunde, der Arzt, den sie nach ihrer Entlassung aufsuchten, und sein Bekanntenkreis darüber denken?

Bestrafte Schuljungen.

Sie haben gewiß von der Bestrafung von 6 **Schülern** gehört, weil der eine von ihnen sich eine Unvorsichtigkeit zuschulden kommen ließ. Gehen Sie und besuchen Sie die Mutter von zweien. Die erzählt Ihnen, daß einer der Kameraden einen deutsch sprechenden französischen Soldaten für einen Spion hielt und einen Schutzmann davon unterrichtete. Die ganze Klasse wurde verhaftet und 6 von ihnen mußten Spießruten laufen, während die übrigen 8 zusehen mußten. Sie wurden hauptsächlich auf den Kopf geschlagen, aber auch ihre Körper waren mit blauen Flecken bedeckt. „Es ist die Zukunft, um die ich besorgt bin," sagte die arme Mutter, „wie kann man verhindern, daß sie Haß fühlen, sie sind noch so jung. Hätten sie Unrecht oder Böses getan, wäre es etwas anderes. Man ist fortwährend in Angst, was soll daraus werden?" Es waren schlanke, zart aussehende Geschöpfe, und der eine hatte noch eine Narbe im Gesicht. Jedenfalls hatten sie eine schwere, nervenerschütternde Erfahrung durchgemacht.

Die Saat des Hasses.

Haß erweckender Stoff stapelt sich auf — durch die fortdauernde Verhaftung von Beamten, die aller bürgerlichen Ordnung Hohn spricht, durch die Nichtachtung bürgerlichen Rechtes und, wie man sehen kann, durch dessen Durchbrechung seitens des Militärgerichtshofes; durch die Überfüllung der Gefängnisse; durch die Unterbrechung des Schulunterrichts, verursacht durch die Inanspruchnahme der Schulen für die französischen Soldaten (irgendwo müssen sie doch schließlich wohnen) und durch die Ausweisung vieler hundert Familien, die verarmt und verängstigt in dem unbesetzten Land ankommend, natürlich weit ins Land hinein ihr bitteres Gefühl von Ungerechtigkeit und Verzweiflung laut werden lassen.

Die **Arbeiter** selbst sind voller Furcht vor dem, was kommen wird. Sie halten fest an ihrem **Ideal des passiven Widerstandes**, hochgehalten durch einen Schimmer von Hoffnung, daß, wenn sie bis zum Ende aushalten können, sie es nicht allein für Deutschland tun, sondern für die ganze Welt; denn sie wollen zeigen, **daß es etwas gibt, das größer ist als eine bewaffnete Macht.** Was auch immer die deutsche Regierung tun wird, man hat den Eindruck, daß sie niemals freiwillig nachgeben werden. Aber die Luft ist so stark geladen, daß eines Tages, wenn Arbeitslosigkeit und Hunger kommen, die überspannten Nerven reißen werden. Jeder Tag der Besetzung sät Saat, die nichts als eine gefährliche Frucht der Feindschaft zur Reife bringen wird und eine Bedrohung des künftigen Weltfriedens in sich trägt.

*

So schreibt eine franzosenfreundliche Engländerin! Man beachte besonders, daß die englische Dame nicht im geringsten **politisch** orientiert ist, sondern **rein menschlich** das, was sie gesehen und erlebt hat, erzählt und beurteilt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Juni.

Deutsch-polnisches Abkommen über veterinärpolizeiliche Ausführungsbestimmungen.

Am 4. d. Mts. ist zwischen dem deutschen Gesandten Dr. Paul **Eckardt** und dem polnischen Liquidationskommissar Mathias **von Koczorowski** ein Protokoll unterzeichnet worden, in dem das Einvernehmen der deutschen und der polnischen Regierung dahin festgestellt worden ist, daß **inhaltlich gleichlautende veterinärpolizeiliche Ausführungsbestimmungen** zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs vom 29. April 1922 in beiden Ländern erlassen werden.

Neue Invaliditätsversicherungsbeiträge.

Vom 1. Juni d. Js. gelten für die Invalidenversicherung neue Lohngruppen, und zwar: Lohnklasse I bis 12 600 M., Lohnklasse II von 12 600 bis 25 200 M., Lohnklasse III von 25 200 bis 50 400, Lohnklasse IV von 50 400 bis 88 200, Lohnklasse V von 88 200 bis 126 000, Lohnklasse VI von 126 000 bis 189 000, Lohnklasse VII von 189 000 bis 252 000, Lohnklasse VIII von 252 000 bis 378 000, Lohnklasse IX von 378 000 bis 567 000, Lohnklasse X von 567 000 bis 756 000, Lohnklasse XI von 756 000 bis 1 008 000, Lohnklasse XII 1 008 000 bis 1 260 000, Lohnklasse XIII 1 260 000 und mehr. Als Wochenbeitrag wird vom 1. Juni erhoben: In Klasse I 20 Mkp., in Klasse II 40 M., in Klasse III 60 M., in Klasse IV 70 M., in Klasse V 90 M., in Klasse VI 120 M., in Klasse VII 150 M., in Klasse VIII 200 M., in Klasse IX 260 M., in Klasse X 320 M., in Klasse XI 400 M., in Klasse XII 480 M., in Klasse XIII 560 Mkp.

Beilegung des Bromberger Bauarbeiterstreiks.

Der Streik der Bauarbeiter in **Bromberg**, der zehn Tage währte, ist nach Festsetzung eines besonderen Tarifvertrages für das Baugewerbe beigelegt worden. Es wurde vereinbart, daß der Stundenlohn eines Maurers, Zimmerers und Zementfacharbeiters 3600 Mark nebst 3 Prozent = 108 Mark für Werkzeugentschädigung betragen soll. Die Zimmerer erhalten 5 Prozent Werkzeugentschädigung (180 Mark) die Stunde. Die Stein- und Kalkträger 3050 Mark, die Bauhilfsarbeiter über 21 Jahre 2712 Mark, die Arbeiter von 16—18 Jahren 1056 Mark und diejenigen von 18—21 Jahren 1727 Mark. Alle übrigen Zuschläge und Bestimmungen, in dem Rahmentarif enthalten, der demnächst einer Revision unterzogen werden soll, behalten bis auf weiteres ihre Gültigkeit. Die Arbeitgeber versprachen, um den Arbeitern entgegenzukommen, ihnen einen **weitgehenden Vorschuß** (100 000 Mark) am Sonnabend zu gewähren. Der neue Tarif gilt vom 7. Juni ab. Der Vertrag ist zwischen dem Zentral-Arbeitgeber-Verband, den freien Gewerkschaften und Z. Z. P. abgeschlossen worden.

Auf Grund des neuen Bauarbeitertarifes in Bromberg ist auch eine **Einigung im Malergewerbe in Thorn** erfolgt. Die Maler streikten dort bereits seit drei Wochen.

Im **Tischlergewerbe** fanden in Bromberg ebenfalls Verhandlungen statt. Den Tischlern, die nicht gestreikt haben, wurde eine Lohnzulage von 38 bis 40 Prozent bewilligt.

Bücher und Zeitschriften.

Geschichte von Ost- und Westpreußen. Von Professor Emil **Knaake** in Tilsit. 116 Seiten. **Sammlung Göschen** Nr. 867. Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10 und Leipzig. 1923. Preis: Grundzahl 1,1.

Der Verfasser zeigt uns zunächst, daß es uralter germanischer Boden ist, auf dem sich die Geschichte Westpreußens abspielt, und schildert sodann die Kultur der alten Preußen rechts von der Weichsel, die Eroberung und Germanisierung des Preußenlandes durch den deutschen Ritterorden. Mehr als 200 Jahre vor der Entdeckung Amerikas war das Memelland deutsch, das jetzt als angebliches „Kleinlitauen", in dem damals noch kein Litauer hauste, an Litauen abgetreten ist. Die segensreiche Tätigkeit des deutschen Ritterordens, der Bau von deutschen Städten und das ihnen verliehene Recht, die Sorge des Ordens um die Sicherung der Burgen und Gemeinden durch Steinbauten und die Anlegung einer ein feindliches Eindringen erschwerenden Wildnis, die Burgen selbst, besonders die Marienburg, nicht minder die Blütezeit des Ordenslandes unter Heinrich von Kniprode und die Tätigkeit des Hochmeisters im Frieden zeigen uns das „neue Deutschland", das im Osten entstand. Nicht weniger eindringend folgt der Niedergang der Ordensherrschaft seit der Schlacht bei Tannenberg, das Erstarken der Stände, deren Handeln nur der persönliche Vorteil beseelt, während zu derselben Zeit das erstarkte Polen-Litauen die Unterwerfung der deutschen Kolonie erstrebt. Die Rettung des Deutschtums erfolgt schließlich durch die Umwandlung des Ordenslandes in ein Herzogtum. Die Geschichte beider Provinzen bis hierher bildet deshalb den Hauptteil des Buches. Die folgende Vereinigung Preußens mit Brandenburg bedingt das Schicksal Ostpreußens und schließlich auch das Westpreußens. Damit tritt naturgemäß das Sonderwohl des Landes zurück. Nur soweit beide Provinzen in die Entwicklung Preußens und Deutschlands eingreifen, wird dies hervorgehoben. Der Schlußabschnitt des klar und anregend geschriebenen Büchleins behandelt die Wirkungen des Weltkrieges für Ost- und Westpreußen.

Praktisches Lehrbuch des Spanischen, von Dr. **Rudolf Großmann**, (Ibo-amerikanisches Institut) 1922. 3. Aufl. 168 Seiten. Deutscher Auslandsverlag Walter Bangert in Hamburg. Grundpreis gebd. 2 M.

Das Werk ist auf moderner sprachmethodischer Grundlage aufgebaut und berücksichtigt die südamerikanischen Sprachgepflogenheiten und Verhältnisse. Von Anfang an werden nur originale moderne spanische bzw. südamerikanische Texte verwandt. Von der Tatsache ausgehend, daß in der Presse der Wortschatz und die Sprachgebiete enthalten sind, die der Lernende im praktischen Leben braucht und anwenden muß, sind stofflich alle Gebiete der Presse von der Anzeige bis zum politischen Leitartikel, vom Feuilleton bis zum Börsen- und Sportbericht aufgenommen und vom leichteren zum schwereren fortschreitend verarbeitet. Formlehre und Syntax sind den modernen Forderungen entsprechend sprachpsychologisch erklärt.

Deutsch-spanisches Wörterbuch der Handelskorrespondenz, von Dr. **Adolf Bieler**, 1922. 155 Seiten. Deutscher Auslandsverlag Walter Bangert in Hamburg. Grundpreis gebd. 2 M.

Das Werk ermöglicht das schnelle Nachschlagen des richtigen spanischen Ausdrucks für die zu gebrauchende Phrase oder für die treffende Wendung in der mündlichen Verhandlung. Es vereinigt den Nutzen eines Wörterbuches mit dem einer spanischen Handelskorrespondenzlehre bzw. spanischen Grammatik, indem bei jedem Worte nicht nur die Übersetzungen gegeben werden, sondern gleich im praktischen Beispiel die richtige Konstruktion gelehrt und der Unterschied der verschiedenen fremdsprachlichen Ausdrücke im praktischen Sprachgebrauche klargelegt wird.

Spanisches Lehrbuch für Kaufleute, von Dr. **Adolf Bieler**. 1922. Grundpreis gbd. 2 M.

Gegenüber den veralteten spanischen Übungsbüchern für Kaufleute gibt das Werk inhaltlich eine vollständige und übersichtliche Einführung in das moderne spanische und südamerikanische Geschäftsleben und in die Volkswirtschaft dieser Länder.

Spanischen Lesestoff gibt der Hamburger Verlag Walter Bangert unter der Gesamtbezeichnung „**Collecion Bangert**" heraus. Bis jetzt erschienen die romantische Meisternovelle „**Cristianos y moriscos**" von Serafin Estébenez **Calderon** (Band I. 80 Seiten), der geistvolle historische Essays „**Simon Bolivar**" von Juan **Montalvo** (Band II. 83 Seiten) und eine Auswahl der feinziselierten Erzählungen (**Novelas cortas**) von Pedro Antonio **de Alarcon** (Band III. 83 Seiten). — Der Grundpreis jedes der handlichen und hübsch ausgestatteten Bändchen beträgt 1 M. 60 Pfg.

*

Das Juniheft der „Deutschen Rundschau" (herausgegeben von Rudolf Pechel. Verlag von Gebr. Paetel, Berlin) bringt Arbeiten von **Theodor Däubler, Richard Fester, Karl Röttger,** August von Lövis of Monar, Hans Brandenburg, H. S. Bader, Werner Wirths („Die Ukraine und Deutschland") und Gottfried Bartholds („Die polnische Meinung und die Juden") sowie die ständigen Rubriken „Vom Grenz- und Auslandsdeutschtum" und „Vom Geist der Völker" und die fortlaufenden Übersichten über Politik und Literatur.

Feinde der Land- und Forstwirtschaft. Ihre Biologie und Bekämpfung. Ein Atlas der bekanntesten Krankheiten und Schädlinge für Land- und Forstwirtschaft in Wort und Bild. Mit Unterstützung der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft und unter Mitwirkung erster Fachleute herausgegeben von Dr. **Georg Stehli**. Heft 1. 16 Kreisläufe. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis Anfang Mai 1923 M. 4000.

Schädlingsbekämpfung ist heute wichtiger als je, denn durch sie können Millionen des Volksvermögens jährlich gespart werden. In größter Anschaulichkeit gibt dafür die nötige Aufklärung ein neues Werk „**Feinde der Land- und Forstwirtschaft.** Ihre Biologie und Bekämpfung. Ein Atlas der bekanntesten Krankheiten und Schädlinge für Land- und Forstwirtschaft in Wort und Bild. Mit Unterstützung der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft und unter Mitwirkung erster Fachleute herausgegeben von Dr. Georg Stehli" (Franckhsche Verlagshandlung, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, in Stuttgart). Das Werk, von dem das erste Heft mit 16 Kreisläufen soeben erschienen ist, gibt jeden Schädling und jeden Erreger einer Krankheit in seinen bezeichnendsten Entwicklungsstufen bildlich in **Form von Kreisläufen** wieder und beschreibt auf biologischer Grundlage seine Lebensweise, seinen Schaden und seine Bekämpfung. Es erscheint in Heften mit etwa je 16 Blättern, jedes Blatt behandelt nur eine Krankheit oder einen Schädling. Die Darstellungsart des Textes als auch der Abbildungen baut sich auf neuen biologischen Ansichten auf und schafft damit dem neuzeitlichen Biologieunterricht, der so außerordentlich wichtig für das Wirtschaftsleben ist, die nötigen Grundlagen. Alle Gebiete wie Feldbau, Gartenbau, Haus und Hof, Weinbau, Fischerei, Teichwirtschaft und Imkerei werden gleichmäßig behandelt. Die zwanglos erscheinenden Hefte können später zu einem Band zusammengebunden werden, sie können aber auch leicht in einzelne Blätter zerlegt und zu einer Kartei geordnet werden. Das Werk bildet für alle Land- und Forstleute eine ausgezeichnete Hilfe und wird durch seine volkstümliche Darstellung bald allgemein bekannt werden.

Rittergutsbesitzer Friedrich Seyfarth †.

Nach langem, mit christlichem Mannesmut ertragenen schmerzlichen Krankenlager ist Freitag nachmittag 4 Uhr der Rittergutsbesitzer Friedrich Seifarth zu Pławce im Kreise Schroda gestorben. Der Entschlafene, der sein 53. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, gehörte mit zu den angesehensten deutschen Großgrundbesitzern des ehemals preußischen Teilgebiets, genoß in landwirtschaftlichen Kreisen allgemeine Verehrung und war wegen seines tiefgründigen Wissens und seiner großen Erfahrungen, besonders auch auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, sehr geschätzt. So gehörte er der Leitung der Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1901, zunächst als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, an. Hervorragend hat er sich im Verbande deutscher Genossenschaften in Polen betätigt, dessen Verbandsausschuß er seit 1905 angehörte. Weiter bekleidete er seit 1909 das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der Posenschen Landesgenossenschaftsbank. Ferner gehörte er seit einigen Jahren zum Aufsichtsrat der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. In allen ihm übertragenen Ehrenstellungen hat er das in ihn gesetzte Vertrauen durch peinliche Erfüllung der ihm übertragenen Ämter, durch seine weisen Ratschläge und durch freudige Betätigung gerechtfertigt, so daß ihm ein ehrenvolles Andenken über das Grab hinaus in weiten Kreisen gesichert bleibt. Eine Trauerfeier für den Entschlafenen findet am Dienstag, 12. Juni, um 1½ Uhr nachmittags in Pławce und daran anschließend die Überführung nach Zdzychowice statt.

Stanisław Barcewicz,

der Senior der polnischen Geiger, spielte am Montag der abgelaufenen Woche im Evang. Vereinshaus. Sind auch die Jahre nicht ganz ohne Einfluß auf sein Spiel geblieben, so erreichte doch auch diesmal der Ernst und die Gediegenheit seines Vortrags starke Wirkungen, und einige Nummern des Programms (beispielsweise die G-dur-Romanze von Beethoven) zeigten den Musiker Barcewicz von der besten Seite. Am Klavier begleitete Herr Prof. Mikłaszewski. Sein sehr musikalisches und lebensvolles Spiel wollte oder konnte sich diesmal, wie es schien, nicht überall dem Vortrag des Solisten unterordnen. th.

X **Das Handelsverbot mit ausländischen Devisen.** Der Handel mit ausländischen Devisen ist bekanntlich laut Verfügung des Finanzministers vom 10./12. März 1923 im allgemeinen verboten. Personen, die mit ausländischem Gelde Handel treiben oder in dessen Besitz betroffen werden, ohne den Nachweis führen zu können, das Geld auf legalem Wege erworben zu haben, setzen sich der gerichtlichen Bestrafung und Beschlagnahme des Geldes aus.

Der deutsche Theaterverein bittet uns, folgendes mitzuteilen: Ein großer Teil des Publikums bewies bisher sein reges Interesse an ernsten, dramatischen Darbietungen durch leere Stuhlreihen. Der außerordentlich gute Erfolg des Schwankes „Der Raub der Sabinerinnen“ ermutigt uns zu einer zweiten und letzten Aufführung dieses Stückes am Dienstag, 12. Juni. Wir hoffen, daß infolge dieses Eingehens auf den scheinbar ortsüblichen Geschmack das Wagnis einer Wiederholung nicht zum kläglichen Fiasko wird.

Geflügelausstellung. Im Zusammenhange mit der Landwirtschafts- und Industrieausstellung wird vom 27. Juni bis 1. Juli in einer besonderen Abteilung auch Geflügel, wie Hühner, Enten, Gänse, Truten, Tauben und Kaninchen ausgestellt. Anmeldungen sind spätestens bis 12. d. Mts. an die Kleintierzucht-Abteilung der Wielkopolska Izba Rolnicza (Großpolnischen Landwirtschaftskammer) in Posen, ul. Mickiewicza 33 (fr. Hohenzollernstr.) einzureichen.

Wer ist der Eigentümer? Am 30. November v. Js. wurden einer Frau von der Polizei fünf Messingstäbe verschiedener Stärke, 25—30 cm lang im Gesamtgewicht von 12 Kgr. abgenommen, die vermutlich aus einem Diebstahl herstammen. Der Eigentümer ist bisher nicht ermittelt. Die Messingstäbe können im 5. Polizeikommissariat auf der Wallischei besichtigt werden.

X **Große Diebstähle.** Von dem Grundstück ul. Wenecjańska 6 (fr. Venetianerstr.) sind große Mengen Papier im Werte von 6 Millionen Mark; aus einer Wohnung in der ul. Wroniecka 6 (fr. Wronkerstr.) ein schwarzer Überzieher, ein dunkelblauer und ein grauer Anzug, sowie eine goldene Herrenuhrkette im Gesamtwerte von 3 Millionen Mark gestohlen worden.

---

* **Bojanowo**, 8. Juni. In der vergangenen Woche wurden von der Begräbniskapelle, sowie der Matthiasgruft auf dem evangelischen Friedhofe sämtliche Abflußrohre der Dachrinnen gestohlen.

* **Bromberg**, 8. Juni. Der Zucker ist gegenwärtig auch hier aus allen Kolonialwarengeschäften verschwunden, so daß man ihn nicht einmal zu Heilzwecken erhält. Wie die hiesige „Gazeta Bydgoska“ schreibt, geht das Gerücht um, daß dies wieder der Vorläufer einer bedeutenden Erhöhung der Zuckerpreise sei.

* **Graudenz**, 7. Juni. Schiebungen mit alten Grabgittern sind auf dem Koloniefriedhof am Festungsberge festgestellt worden. Infolge Abwanderung sind viele Gräber vernachlässigt, und niemand kümmert sich darum. Das machte ein Mann sich zunutze, indem er solche Grabgitter „abmontierte“ und bei einem Hehler unterbrachte, der die „Ware“ mit Pferd und Wagen abholte. Beide Spitzbuben sind ermittelt.

* **Inowrocław**, 8. Juni. Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien“ hielt am Mittwoch im Logensaale seine Juni-Sitzung ab die von Herrn Stübner-Wierzchosławice eröffnet wurde. Im geschäftlichen Teile machte Senator Dr. Busse einige Mitteilungen über das neue Einkommensteuergesetz, das in den nächsten Tagen vom Sejm und Senat verabschiedet werden soll. Dieses Gesetz sieht als Steuerjahr das Kalenderjahr, d. h. die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember vor. Danach wird das laufende Steuerjahr nur drei Vierteljahre umfassen. Die Ergänzungssteuer soll wegfallen, und Jahreseinkommen bis 2 Millionen sollen steuerfrei sein. Ferner soll der Finanzminister befugt sein, den jeweiligen Teuerungsmultiplikator für die Berechnung der Steuer festzusetzen. Der Vorsitzende teilte hierauf mit, daß der Geschäftsführer des Vereins, Direktor Baumann, den Ausweisungsbefehl erhalten habe, weshalb er sein Amt niederzulegen gezwungen ist, und dankte im Namen des Vereins Herrn Baumann für seine langjährige, treue Arbeit am Verein. Sodann erteilte der Vorsitzende Geschäftsführer Dr. Feige das Wort zu seinen Ausführungen über „Naturarbeit, Kapital und die Rolle des Betriebsleiters in der Landwirtschaft.“ Der Redner behandelte sein Thema allgemein und machte zum Schluß Mitteilungen über Versuche in Anbau- und Düngungsmethoden, die der Hauptbauernverein in der kommenden Herbstperiode zu unternehmen beabsichtigt. Diese Versuche sollen vier Gruppen umfassen, und zwar: 1. Sortenanbau, 2. zweckmäßige Aussaatstärke, 3. Beizversuche und 4. Düngung. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen und eröffnete die Aussprache in der mancherlei Fragen zur Erörterung kamen. Zum Schluß nahm Direktor Baumann das Wort, um einige Abschiedsworte an die Versammelten zu richten.

□ **Inowrocław**, 8. Juni. Die evangelische Schule in Tarkowo II (früher Tannhofen) wird mit dem 1. Juli d. Js. in eine polnisch-katholische umgewandelt.

□ **Kruschwitz**, 8. Juni. Die Hundesperre ist im Polizeibezirk Kruschwitz, nachdem kein neuer Tollwutfall vorgekommen ist, aufgehoben worden.

□ **Obornik**, 8. Juni. Am Donnerstag, 14. d. Mts., findet 11 Uhr vormittags bei Werner eine Versammlung des Bauernvereins Bogdanowo-Obornik statt.

□ **Rogasen**, 8. Juni. Sonnabend, 16. d. Mts., veranstaltet der hiesige Bauernverein eine Felderschau. Sammelpunkt der Wagen um 2 Uhr nachmittags auf dem Neumarkt. Die Fahrt geht über Ruda, Bülowstal, Tarnowo, Laskowo.

□ **Strelno**, 8. Juni. Die Hundesperre in den Ortschaften Bozejewitz, Rzegotki, Königsbrunn, Kaisershöh und Kaiserstal, sowie Xions ist auf weitere drei Monate verlängert worden, nachdem in Bozejewitz ein toller Hund erschossen werden mußte.

* **Thorn**, 7. Juni. Die Gründung einer Butterverkaufs-Vereinigung für ganz Pommerellen ist in einer Sitzung der Molkereifachleute und Molkereivorstände in Thorn beschlossen worden. Die Verkaufsvereinigung will von einer Sammelstelle aus die Butter an die Hauptbedarfsplätze versenden und diese mit Butter versorgen. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der sofort die Vorarbeiten aufgenommen hat.

□ **Waldheide**, 8. Juni. Eine Versammlung des Bauernvereins Tarnówko findet am Sonntag, 17. d. M., nachm. 4 Uhr in Waldheide bei Minge statt. Dr. Feige vom Hauptverein der Deutschen Bauernvereine hält einen Vortrag.

* **Zduny**, 8. Juni. Dem hiesigen Kaufmann Ernst Nickisch, der lange Jahre hier angesessen ist und sich weit und breit großer Beliebtheit erfreut, ist die Ausweisung aus der Republik Polen zugestellt worden. Er hat Zduny bis zum 10. Juni zu verlassen. Als treuer Verwalter der Spar- und Darlehnskasse Zduny sieht ihn die ganze ortseingesessene Bevölkerung sehr ungern scheiden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 7. Juni. Über unsere Stadt ging dieser Tage ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder. Innerhalb einer Stunde erfolgten zwölf Einschläge, die teils in die Erde gingen, teils Häuser trafen. Der dritte Einschlag berührte die Straßenbahnsäule an der Ecke Petrikauer und Andrzejastraße, schlug die Sicherungen durch und legte die Straßenbahnverbindung im oberen Teile der Stadt lahm. Man konnte dabei eine seltsame Erscheinung beobachten. Die eiserne Säule stand 20 Minuten lang in rot-blau-gelblichen Flammen. Der sechste Einschlag erfolgte in das Haus Nr. 83 an der Petrikauer Straße. Durch den achten Einschlag in das Haus Nr. 7 an der Zakątna entstand Feuer, das durch die Einwohner und die Feuerwehr gelöscht wurde. Ebenso entstand durch den neunten Blitz in einem Hause an der Nowomiejskastraße Feuer, das von der Feuerwehr gelöscht wurde. Ferner fuhr der Blitz in das Haus Pańska 60; er nahm seinen Weg durch eine Wohnung im dritten Stock, wo er die Wände streifte und das Küchengeschirr zerstörte, hinunter auf den Bürgersteig, wobei er eine Steinplatte von 1 Quadratmeter Umfang einen halben Meter tief in die Erde schlug. Ein weiterer Blitz schlug in die Wohnung der Esther Chtryn und betäubte deren Tochter. Eine ganze sich in einer Wohnung des Hauses Władzimierskastraße 24 aufhaltende Familie wurde teilweise gelähmt: Stanisław Szulc erlitt eine Lähmung der linken Gesichtshälfte und der Hüfte, desgleichen Janina Szulc. Einer gewissen Irena Sobczak wurden die Hände gelähmt. Im Walde von Galkowek überraschte das Gewitter eine aus mehreren Personen bestehende Ausflugsgesellschaft, die unter einem Baume, jedoch in gewisser Entfernung von dem Stamme, Schutz suchte. Der Blitz schlug in diesen Baum ein und schleuderte die unter ihm Stehenden vier Schritte weit. Glücklicherweise wurden nur drei der Beteiligten auf eine kurze Zeit betäubt. Der halbstündige Regen verwandelte die tiefer gelegenen Teile der Altstadt in einen See. Das Wasser drang in die Kellerräumlichkeiten ein und fügte den Bewohnern großen Schaden zu. Zum Auspumpen der Keller wurde die ganze Feuerwehr herangezogen. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

* **Warschau**, 8. Juni. Der Staatspolizei ist es gelungen, endlich die berüchtigte Bande Szerszen auszurotten. Es entspann sich bei dieser Aktion eine regelrechte Schlacht zwischen den Banditen und der Polizei. Der Bandenführer Szerszen und eine Reihe seiner Genossen wurden getötet, die übrigen gefangen genommen. Von seiten der Polizei ist hierbei ein Polizist ums Leben gekommen.

Aus Ostdeutschland.

* **Braunsberg**, 2. Juni. Nachts drangen mehrere Wolfshunde aus dem Dorfe Borchertsdorf auf der Weide in die Schafherde des Gutsbesitzers Fox in Gedilgen, zerrissen zehn Schafe vollständig und richteten weitere 5 Tiere derart zu, daß sie geschlachtet werden mußten.

* **Elbing**, 4. Juni. Beim Krähenschießen erschossen wurde in Neukirch-Höhe der Gastwirt Behrend von dem Besitzersohn Hosmann-Adl.-Dittersdorf.

* **Heydekrug**, 6. Juni. In der Schlegatschen Raubmordsache, in der die bekannte Königsberger Hellseherin, Frau Günther, die Hauptarbeit leistete, teilt die Kriminalpolizei Memel mit, daß der Ehemann der ermordeten Frau Schlegat in einer Zelle des Gefängnisses Memel seinem Leben durch Erhängen an einem Handtuch und einem Stück Bettuch ein Ende gemacht hat. Am Abend vorher hatte der den Fall bearbeitende Kriminalkommissar Pelz ein eingehendes Verhör mit ihm angestellt und ihm das Gesamtergebnis der erneut angestellten Ermittelungen, nach denen kein Zweifel bestand, daß Schlegat der Mörder wäre, vorgehalten.

* **Insterburg**, 6. Juni. Bei der Versteigerung der Ostpr. Stutbuchgesellschaft für Warmblut Trakehner Abstammung erzielte den höchsten Preis von 24,1 Millionen Prager-Tzullkinnen für einen vierjährigen Rappwallach. Preise über 14 Millionen wurden für eine ganze Anzahl von Pferden erzielt. Der Durchschnittspreis der gesamten Versteigerung betrug rund 9,3 Millionen Mark.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

R. R. 23. Falls keine anderweitige Vereinbarung vorliegt, hat eine kaufmännische Angestellte das Recht der sechswöchentlichen Kündigung vor dem Vierteljahrsersten und im Falle der Nichtinnehaltung des Kündigungstermins seitens der Firma auf die Zahlung des Vierteljahrsgehalts. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß es sich um eine Optantin handelt.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **Kinokunst.** Wer eine gediegene Leistung der Filmkunst kennen lernen will, dem sei ein Besuch des „Teatr Pałacowy“ am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) empfohlen, wo von Montag ab der neue Film „Die Frau mit den Millionen“ zur Darstellung gelangt. Die außerordentlich lebhafte und durchweg spannende Handlung erzählt von der schönen armenischen Prinzessin Smaragda Naburian, die unter dem Verdacht des politischen Mordes aus Paris flüchten mußte. Mit ihr lernt der Zuschauer das Leben und Treiben der Weltstadt Paris kennen, fährt durch Frankreich nach Dalmatien, Armenien, um in Konstantinopel zu landen. Ein feinsinniger Humor kommt überall zur Geltung und das Ganze liefert wieder einmal den Beweis, zu welcher Höhe sich heutzutage der Film aufzuschwingen vermag.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Als Nachfolger Leo Blechs**, der demnächst seine Stellung an der Berliner Staatsoper niederlegt, wurde Otto Klemperer berufen, bisher Generalmusikdirektor in Köln. Klemperer, ein Schüler Gustav Mahlers, gilt als hervorragender Dirigent und als charaktervolle, starke Persönlichkeit. Als Komponist neigt er, ein Anhänger Schönbergs, zu modernen Wagnissen. So hat seine im Jahre 1919 im Kölner Gürzenich-Konzert aufgeführte C-dur-Messe Aufsehen erregt. Eine große Reihe von Liedern hat Otto Klemperer komponiert, zum Teil für seine Gattin, Johanna Klemperer, die bekannte Sängerin des Kölner Opernhauses.

— **Das Reger-Fest in Wien.** Das 2. Reger-Fest der Max Reger-Gesellschaft fand unter Mitwirkung der Gesellschaft der Musikfreunde und bei stärkster Beteiligung in Wien statt und erbrachte den Beweis, daß die Kunst des Meisters begonnen hat, allen anders lautenden Prophezeiungen zum Trotz in die breitesten Kreise zu dringen. Ein Orgel-Abend (Franz Schütz) mit den bedeutendsten Werken Regers, gefolgt von einem Kammermusik- und Liederabend, in den sich das Mairecker-Buxbaum-Quartett und die von Professor Franz Foll begleitete Altistin Anna Erler-Schnaudt teilten, leiteten das Fest ein, das in den unter der Leitung Leopold Reichweins von den Philharmonikern gespielten Mozart-Varationen und dem Sinfonischen Prolog gipfelte, um seinen Ausklang zu finden in einem vom Wiener Sinfonie-Orchester und dem Wiener Männergesangverein bestrittenen Chor- und Orchester-Konzert, in dem das Konzert im alten Stil und die Böcklin-Suite, ebenfalls unter Reichweins Leitung, sowie die Weihe der Nacht (Altsolo: Frau Erler-Schnaudt) und der Römische Triumphgesang unter Professor Luze zur Wiedergabe gelangten. Die Wiedergabe der Werke war ausgezeichnet; das begeisterte Publikum brachte der anwesenden Witwe Max Regers eine spontane Huldigung dar. — Im Anschluß an das Fest fand die zweite ordentliche Mitgliederversammlung der Gesellschaft statt, in der der Schriftführer Dr. Adolf Spemann über die günstige Lage berichtete. Der Mitgliederstand der Gesellschaft beträgt rund 1500. Ortsgruppen bestehen in Wien, München, Stuttgart, Dresden, Elberfeld, Bochum, Leipzig, Bremen, Köln, Heidelberg, Kiel, Meiningen, Saarbrücken, Weimar, Riga, Prag, Buitenzorg auf Java. Jahresbericht und Rechnungsbericht wurden genehmigt. Es wurde beschlossen, das nächste Reger-Fest im Frühling 1924 in Dresden abzuhalten und der im Oktober des Jahres von Kiel geplanten Reger-Feier die Mitwirkung der Reger-Gesellschaft zu leihen. Die Versammlung beschloß, die Erwerbung der Hausorgel des jungen Reger für das Reger-Archiv mit allen Mitteln zu fördern. Eine sofort eingeleitete Sammlung ergab den Betrag von 600 000 Kronen und 40 000 M.

— **Das elfte Deutsche Bach-Fest der Neuen Bach-Gesellschaft** wird vom 23. bis 25. Juni 1923 in Leipzig stattfinden. Das Fest ist zugleich die Zweihundert-Jahrfeier der Berufung Bachs in das Amt des Kantors an der Thomaskirche. Es wird Sonnabend (23. Juni) mit der jahrhundertealten Motette in der Thomaskirche beginnen. Darauf Mitgliederversammlung mit Vorträgen und Kantatenabend. Am Sonntag (24. Juni) findet in der Thomaskirche Festgottesdienst mit großer Kirchenmusik statt, mittags Orchesterkonzert im Gewandhaus, abends Kammermusik. Am dritten Festtag: Orgelkonzert in der Thomaskirche und abends die Aufführung der H-moll-Messe. Anfragen wegen des Programms und Auskunft über das Fest, Unterkunft u. a. sind an die Geschäftsstelle der Neuen Bach-Gesellschaft (Leipzig, Nürnberger Straße 36) zu richten.

— **Eine wissenschaftliche deutsche Auslandswoche** fand in Innsbruck statt. Sie war überschrieben mit dem Titel „Das neue Europa“. Die Einladungen waren erfolgt von der Universität und den Innsbrucker Volksbildungsvereinigungen. An ihr beteiligten sich die deutschen Universitätsprofessoren Dr. Kraus (Berlin), Dr. Moldenhauer (Köln), Dr. Schreiber (Münster), Dr. Beyerle (München), Dr. Konen (Bonn), Dr. Hoetzsch (Berlin), Dr. Goetz (Leipzig) und Dr. Bier (Berlin). Die Beteiligung der Tiroler Bevölkerung war stark. Auch der Landeshauptmann Dr. Stumpf war erschienen. Der österreichische Unterrichtsminister sandte an den Rektor der Innsbrucker Universität bei der Eröffnung dieser Pfingstwoche folgendes Telegramm: „Ich begrüße die heute beginnenden Hochschulvorträge reichsdeutscher Professoren, bedauere sehr, nicht abzukommen und wünsche erfolgreichen Verlauf.“

— **Ein neues Lutherbild.** Der hallische Universitätsprofessor Albrecht hat in einem Exemplar der Wittenberger Bibel aus dem Jahre 1545 ein bisher unbekanntes Brustbild Martin Luthers gefunden. Es handelt sich um eine sehr schöne Federzeichnung, die Luther in seinem letzten Lebensjahr darstellt. Melanchton hat unter das Bild eigenhändig eine Wiederholung des Lutherschen Verses „Pestis eram vivene, moriens ero mors tua, papa“ geschrieben. Eine Reproduktion des neugefundenen Bildes wird voraussichtlich in einem der demnächst erscheinenden Bände der Weimarer Lutherausgabe veröffentlicht werden.



Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die oberschlesische Wirtschaftslage.

In einem „Oberschlesischen Wirtschaftsbrief" macht die „Deutsche Allgemeine Zeitung" folgende Mitteilungen: Der Export in den oberschlesischen Revieren hat in letzter Zeit viel zu wünschen übrig gelassen. Während aus Ost-Oberschlesien im ersten Vierteljahr 1923 monatlich durchschnittlich ungefähr eine Viertelmillion Tonnen Steinkohlen ins Deutsche Reich ausgeführt wurden, sank der Kohlenexport dorthin seit dem zweiten Quartal 1923 auf kaum die Hälfte der bisherigen Ziffer. Auch die ost-oberschlesische Kohlenausfuhr in die Tschechoslowakei, nach Ungarn, Südslawien und in die Schweiz ist ganz bedeutend zurückgegangen, teilweise auf über ein Viertel. Als Ausfuhrgebiete für ost-oberschlesische Kohle neu hinzugetreten sind seit vorigem Monat Memel, Rumänien und Dänemark, die im ersten Vierteljahr dieses Jahres fast gar nicht beliefert wurden und jetzt mit kleineren Bestellungen auf den Plan getreten sind. Daß auch Polen selbst die ost-oberschlesische Kohle jetzt in sehr ungenügendem Maße bezieht, liegt, wie schon mehrfach betont worden ist, an der hohen Preisbemessung, die im Interesse der Kohlenindustrie und im Interesse der Allgemeinheit eine Änderung erfährt, von der es allerdings noch nicht abzusehen ist, wie sie auf den künftigen Export einwirken wird. Das hängt ganz davon ab, wie weit die Kohlensteuerermäßigung, die weiter im Zuge ist, gehen wird und ob ein Abbau der Löhne zu ermöglichen ist, was bei der ablehnenden Haltung der Belegschaften aussichtslos erscheint. Der Kohlenabsatz ist übrigens auch im west-oberschlesischen Revier zurückgegangen; hier werden die Absatzschwierigkeiten aber aller Voraussicht nach in der kommenden Zeit kaum fühlbar in die Erscheinung treten, wenn nicht die englische Kohle, die ohnehin schon in sehr bedeutendem Maße auf dem deutschen Markte anzutreffen ist, an Ausbreitung noch zunimmt.

War die Exportlage für die Kohlenindustrie in der letzten Zeit höchst ungenügend, so ist sie es für die Eisenindustrie der oberschlesischen Reviere nicht minder. Hier ist überhaupt keine Aussicht, daß sich die Ausfuhr in den kommenden Monaten in nennenswertem Umfange bessern wird. Der Absatz ins Deutsche Reich ist durch den Bezug von Eisen aus der Tschechoslowakei und aus England stark eingeschränkt. Die tschechoslowakische Eisenindustrie ist in der Lage, infolge der näheren Bahnverbindungen und auch durch den Transport auf der Elbe das mitteldeutsche Gebiet vorteilhafter auszunützen, als die oberschlesische Industrie. Der Absatz in die Balkanländer läßt jetzt sehr viel zu wünschen übrig, da sich der Transport nach Rumänien, das seit jeher ein guter Kunde Oberschlesiens, speziell in Walzeisen und Trägern, war, sehr verschlechtert hat. Bulgarien ist bisher nur mit geringen Bestellungen hervorgetreten, und es ist wegen der Transportschwierigkeiten auch keine Aussicht, daß hier eine Wendung zum Besseren in absehbarer Zeit eintreten wird. Die nördlichen Staaten waren früher sehr ins Gewicht fallende Abnehmer der oberschlesischen Eisenindustrie. Seit längerer Zeit wird dieses Gebiet von der englischen Eisenindustrie ausreichend versorgt, so daß also die Exportmöglichkeiten immer weiter eingeschränkt worden sind. Da die tschechoslowakischen Werke einen Teil der Erzeugnisse weit billiger liefern, als es die oberschlesischen zu tun imstande sind, werden sie anscheinend den Markt beibehalten, namentlich was Eisenbleche anbelangt, in erster Reihe Feinbleche. Die oberschlesischen Werke kommen mit ihrem Auslandsabsatz derzeit hauptsächlich hinsichtlich Eisenbahnmaterial in Frage, nach welchem nach wie vor größere Nachfrage sowohl seitens des Auslandes als auch des Inlandes herrscht. Alle Hoffnungen auf eine Ausdehnung des oberschlesischen Exportes in die Oststaaten sind bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen und werden auch so lange nicht realisiert werden, bis die Wirtschaftslage im Osten eine entschiedene Wendung zum Besseren nimmt, was noch im weiten Felde liegt. Die Preise für oberschlesische Eisenindustrieerzeugnisse werden eine bedeutende Ermäßigung vorderhand nicht erfahren können, und so wird der Absatz andauernd zu wünschen übrig lassen.

Handel.

♂ **Das Amt für Aus- und Einfuhr.** Das Handelsministerium gibt bekannt: Die einzige zur Erteilung von Aus- und Einfuhrerlaubnissen berechtigte Stelle (für die Artikel, die sich auf der Liste der verbotenen befinden) ist das Haupt-Aus- und Einfuhramt (Główny urząd przywozu i wywozu) in Warschau, Elektoralna 2, pokój Nr. 44. Alle Gesuche sind direkt an das Amt zu richten und nicht an die allgemeine Adresse des Handelsministeriums, was nur zwecklose Verzögerung hervorruft.

♂ **Änderungsvorschläge zum polnisch-französischen Handelsvertrag verlangt.** Die polnisch-französische Handelskammer in Paris wendet sich an alle Industrie- und Handelsinstitutionen in Polen mit der Bitte, sich zu dem zwischen Polen und Frankreich am 6. Februar 1922 abgeschlossenen Handelsvertrage, der im Juni des verflossenen Jahres in Kraft getreten ist, und zu den eventuellen Änderungen, die in dem Text der von den gesetzgebenden Körperschaften beider Länder ratifizierten Konvention vorgenommen werden müßten, zu äußern. Der Text ist im „Journal officiel de la République Française" und im „Dziennik Ustaw Rzeczpospolitej Polskiej" vom 10. Juli 1922 veröffentlicht worden.

♂ **Zusammenschluß im deutschen Lebensmittelhandel.** Als Wirtschaftsstelle des Reichsverbandes Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V. wurde in Berlin eine Großeinkaufsaktiengesellschaft des Deutschen Lebensmittelhandels gegründet, welche Zentralkauf A. G. deutscher Lebensmittelhändler firmieren wird. Zweck des Unternehmens ist die Beschaffung billiger Lebensmittel für die im Reichsverband organisierten Landeswirtschaftsstellen des Kolonialwaren-Einzelhandels.

Industrie.

⊙ **Die Industriekredite.** Nach Angaben vom 30. April sind von 83 Milliarden Warenkrediten, die der Staat der Industrie zur Verfügung stellte, nur 57 Milliarden von ihr benutzt worden. Die Textilindustrie nahm von den 19 Milliarden, die ihr als Kredit gewährt worden waren, 15½ Milliarden auf, während die chemische Industrie von 11,75 Milliarden 11,4 Milliarden aufnahm.

⊙ **Die Krisis in der Lodzer Textilindustrie.** Der schlimmste Notstand für die Textilindustrie in Lodz, vor allem für Baumwolle, ist die übergroße Produktion. In ganz Polen haben sich in den letzten Monaten ungeheure Lager aufgestapelt. Denn bei dem fortdauernden Sinken des Wertes der Polenmark herrschte ein allgemeines Bedürfnis, sich Sachwerte hinzulegen, und hier schien Baumwolle, deren Preis beständig stieg, ein besonders geeignetes Objekt. Nun aber ist jedermann mit einem Übermaß von Baumwolle eingedeckt. Und auch der Kleinhandel, ja selbst die Privatleute haben Vorräte, die auf Jahre hinaus ausreichen. Der Kettenhandel, der so schlimm wucherte, weil er die günstige Konjunktur fand, ist so gut wie gänzlich aufgeflogen, da er beschäftigungslos geworden ist, wo nun die Textilwarenhamsterei aufgehört hat. Es ging so weit, daß die Kaufleute sich Geld gegen Wechsel borgten, nur um zu kaufen und mit großem Gewinn, der die Kosten der Wechsel reichlich deckte, wieder verkaufen zu können. Und das alles, während die Ausfuhr immer stiller wurde. Kommt nun einmal ein Preissturz, so ist eine Katastrophe unvermeidlich, denn dann können die noch laufenden Wechsel nicht eingelöst werden. Vorläufig allerdings sieht es bei der weiteren Entwertung der Mark nicht nach kommendem Preisrückgang aus. Allmählich sind jedoch die Arbeitslöhne so rasend angeschwollen und die Frachttarife sind so hoch, daß die Lodzer Ware nicht mehr mit dem Ausland, ja selbst mit der Tschechoslowakei erfolgreich konkurrieren kann. In der Zeit vom 22. Dezember bis zum 23. März sind die Arbeitslöhne in der Textilindustrie um 229 Prozent gestiegen, während der Dollar nur eine Steigerung von 150 Prozent im gleichen Zeitraum durchmachte! Rumänien, das einer der besten Abnehmer war, findet es jetzt vorteilhafter, in England, Italien und Deutschland einzukaufen. Allerdings geht noch ein größeres Quantum nach Danzig, von wo aus die Ware vor allem nach Dänemark weitergeht.

Auch in der Wollenfabrikation ist die Lage alles weniger wie rosig, trotzdem große polnische Militärbestellungen vorliegen, die den Fabriken Arbeit gaben. Auch ist in den letzten Wochen nach großem Stillstand ein Wiederaufleben zu verspüren, da trotz der Sättigung des Marktes eine starke Verteuerung der Wolle für den Winter befürchtet wird, weshalb wieder vielfach begonnen wird, Wolle einzukaufen. Die ungeheure Geldknappheit, die infolge der Zurückhaltung der Landesdarlehnskasse bei Gewährung von Krediten geübt wurde, hat nun einigermaßen nachgelassen. Man zahlte noch vor zwei Monaten bei erstklassigen Wechseln monatlich 24 Prozent für geliehenes Geld und 30 Prozent bei zweitklassigen Wechseln, wobei Brillanten und andere Juwelen verpfändet wurden. Heute ist Bankdiskont für 10 Prozent und bei privaten Darlehen für 12—15 Prozent zu haben. Die Landesdarlehnskasse versucht, so weit es ihr irgend möglich, durch Gewährung von Krediten den Besitzern von Fabriken zu helfen. Aber auch hier ist es möglich, daß die Landesdarlehnskasse eines Tages Schwierigkeiten haben wird, den Ansprüchen zu genügen, und daß, wie vor einigen Monaten, eine weitgehende Arbeitseinstellung, aus Mangel an Geld zur Zahlung der Löhne die Folge ist.

Auch jetzt noch wird in der Baumwollenfabrikation durchschnittlich nur 2—3 Tage in der Woche gearbeitet. Wurde doch bis vor kurzem sogar vielfach unter Marktpreis an Ausländer verkauft, nur um flüssiges Geld für Löhne zu erhalten! Augenblicklich zieht man vor, sich Geld auf Wechsel zu verschaffen, trotz der hohen Kosten, die hiermit verbunden sind.

⊙ **Bank Przemysłowców** hielt am 6. Juni im neuen Gebäude an der ulica 27. Grudnia die Generalversammlung ihrer Aktionäre unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Filipowicz, ab. Der Bericht des Hauptvorstandes erstattete Dr. Bajoński. Nach dem Bericht sind die Einlagen im verflossenen Jahre um ungefähr 300% gewachsen, das heißt von 3419 Millionen auf 13 251. Im Berichtsjahr hat die Bank an der Bildung und Finanzierung von 15 neuen Unternehmen teilgenommen, die vorwiegend in Oberschlesien und Danzig entstanden. Unter den neugebildeten befindet sich: „Emalja i Stal", „Okoniewski Przemysł Drzewny". Górnośląskie Tow. Naftowe „Mochalla", Polsko-Gdański Koncern Żelaza, Georges Geiling & Cie., Fabryka Wapna i Cementu „Piechcin", Lempicki i Ska. in Sosnowic. Die Gesamtzahl der 69 von der Bank finanzierten Unternehmen zeugt von bedeutender Arbeit auf dem Gebiete der Industrialisierung des Landes. Das Wertpapierkonto figuriert in der Bilanz mit 1967 Mill. Davon betrug die Rechnung der Konsortienanteile 660 Mill., zum Emissionspreis gerechnet. Im Berichtsjahr und im laufenden Jahr hat die Bank 9 neue Zweigstellen im polnischen Teile Oberschlesiens, außerdem 4 weitere im übrigen Polen, darunter eine Zweigstelle in Warschau und 4 Agenden in Frankreich, in Zentren polnischer Auswanderer, eröffnet. Die Zahl der in der Zentrale und den Zweigstellen beschäftigten Angestellten wuchs von 677 Angestellten im verflossenen Jahre auf 1013 Angestellte zum Schluß des Berichtsjahres. Die Umsätze betragen 625 Milliarden Mark, = 35 Millionen Dollar, gegen 91 Milliarden Mpk. = 31 Millionen Dollar im Vorjahr, der Gewinn 4133 Millionen gegen 536 Millionen im Jahre 1921. Nach Abschreibung der Realitäten in der Summe von 494 Millionen werden der Generalversammlung 614 750 314 Mk. Reingewinn zur Verfügung gestellt. Das Eigenkapital der Bank beträgt 1500 Millionen Mk. Für soziale Zwecke wurden 50 Millionen bestimmt. Die Dividende beträgt 80 %. Der Aufsichtsrat bleibt in derselben Zusammensetzung.

⊙ **Poznańska Spółka Drzewna** gibt in einer Anzeige im Kurjer vom 5. ds. Mts. bekannt, daß die Bekanntmachung im Kurjer am 3. ds. Mts., die die Aktionäre zur Ausführung ihres Zukaufrechtes auffordert, vorzeitig war und auf einem Mißverständnis beruht.

⊙ **Die Fabrik von Porzellan und keramischen Waren „Ceramos" T. A.** in Kolmar (Chodzież) wurde von der Bank Lwowski in Lemberg gekauft. Nunmehr ist die Bank Eigentümerin beider polnischen Porzellanfabriken.

Wirtschaft.

♂ **Die polnischen Zolleinnahmen.** Der „Gazeta Warsz." zufolge hat Polen im April an Zöllen die Summe von 21 446 254 000 Mark eingenommen. Das wären zwei Drittel der gesamten Summe, die im ganzen vorigen Jahr einkam. Damals betrugen nämlich die Einkünfte aus der Zollquelle insgesamt 31 705 056 647 Mark.

♂ **Das allgemeine Ausfuhrverbot für unbearbeitetes Holz** ist nur formeller Natur. Die Ausfuhrgenehmigung wird stets erteilt, wenn innerhalb von vier Monaten 50 % der erlangten Devisen bei der P. K. K. P. deponiert und dann innerhalb von 3 Monaten gegen polnische Mark ausgewechselt werden. Bei unbearbeitetem Weichholz ist der Exporteur außerdem verpflichtet, innerhalb von 4 Monaten eine Ausfuhrabgabe von 40 % vom Exportgewinn an die Staatskasse abzuführen.

♂ **Posener Versicherungsbank** (Poznański Bank Ubezpieczeń) T. A. Am 25. Mai fand die vierte jährliche Generalversammlung statt. Im Jahre 1922 nahm die Gesellschaft 794 Millionen Mk. als Prämien ein und zahlte an Entschädigungen 207 Millionen. Für 1923 wurden als Prämienschadenreserve 34 Millionen angewiesen (nach Abzug des Anteils der Reassekuratoren). Als Reingewinn wurden erklärt 57 Millionen. Die Verteilung findet satzungsgemäß statt. Die Gesellschaft befindet sich laut der Rechenschaftslegung in guter Entwicklung. Die Prämieneinnahme betrug 1919: 568 000 Mk., 1920: 11 437 000 Mk., 1921: 154 313 000 Mk., 1922: 794 309 000 Mk. Es wurden im Jahre 1922 neue Abteilungen in Wilna, Lublin, Lemberg und Kattowitz gegründet. Der Immobilienbesitz wurde vergrößert durch Ankauf eines kostspieligen Hauses in Kattowitz zu Bureauzwecken. Bisher besaß die Gesellschaft Häuser in Posen (ul. Kantaka 2, 3 u. 4) und eins in Graudenz.

♂ **Umvalutierung der Hypothekenschulden.** Im Finanzministerium fand eine Konferenz statt, an der Vertreter der Banken, der Institutionen des langterminierten Kredites und der Hypothekengläubiger teilnahmen. Der Zweck der Konferenz war die Stellungnahme zur Umvalutierung der Hypothekenschulden der Vorkriegszeit, der Kriegszeit und der Zeit nach dem Kriege. Die Mehrheit der Teilnehmer der Konferenz sprach sich dafür aus, das fertige Projekt des Finanzministeriums als Maßstab der Umvalutierung anzunehmen. Die Konferenzteilnehmer übertrugen Prof. Soll die Fertigstellung eines dementsprechenden Antrages. Prof. Soll sieht einen Goldmaßstab für Vorkriegsschulden als ebenso vernichtend an, wie es das jetzige System für die Gläubiger ist, da der Goldmaßstab die Schuldner vernichten würde. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß Prof. Soll einen Mittelweg finden wird, der sowohl die Gläubiger wie die Schuldner zufriedenstellen wird.

♂ **Hypothekensperre im Freistaat Danzig?** Wie uns der Hypothekengläubigerschutzverband für das Deutsche Reich (Berlin O.-Biesdorf) mitteilt, hat am 16. Mai 1923 das Obergericht in Danzig ein Urteil gefällt, auf Grund dessen der Gläubiger einer Vorkriegshypothek berechtigt ist, die löschungsfähige Quittung zu verweigern. Daneben ist von der Deutschen Partei ein Gesetzentwurf für ein Hypothekensperrgesetz beim Volkstag eingebracht worden. Die Deutschnationale Partei hat ferner den Senat aufgefordert, eine Denkschrift über die Aufwertung auszuarbeiten. Vorerst verhält sich allerdings der Senat diesen Anträgen gegenüber ablehnend, doch hoffen die Befürworter der erwähnten Maßnahmen, die dagegen geltend gemachten Widerstände noch überwinden zu können.

♂ **Französische Landwirtschaftsmission in Polen.** Am 10. Juni trifft eine Landwirtschaftsmission unter Führung des französischen Senators, des Gesandten Noulens, des Präsidenten der französisch-polnischen Gesellschaft, in Polen ein, die am 19. ds. Mts. auch Posen aufsuchen wird, wo u. a. die Fabrik Cegielski besichtigt werden soll. Zur Vorbereitung veröffentlichte am 25. Mai die Pariser „Agence économique et financière" eine Übersicht über den Stand der polnischen Landwirtschaft. Als einer der Zwecke der Mission wird bezeichnet die Gewinnung polnischer Landarbeiter für die französische Landwirtschaft.

♂ **Neue Kalianleihe Preußens.** Im Anschluß an die Zeichnungen auf die erste und zweite Ausgabe der neuen fünfprozentigen Kali- und Roggenwert-Anleihe bringt die preußische Finanzverwaltung nunmehr die dritte Ausgabe, jedoch nur für die 5prozentige Kali-Wertanleihe zur Regelung. Die neue Kalianleihe wird in der Zeit vom 11. bis 18. Juni bei den bekannten Zeichnungsstellen zur öffentlichen Zeichnung auferlegt werden. Der Zeichnungskurs beträgt M. 46 000 für 100 Kilogramm und entspricht dem gegenwärtigen, vom Reichskalirat festgesetzten Bahnabsatzpreis für Kali.

Verkehr.

♂ **Verlängerung des polnisch-lettischen Eisenbahnvertrages.** Rigaer Blättern zufolge ist auf den Vorschlag des polnischen Eisenbahnministeriums, den provisorischen Vertrag über den Eisenbahnverkehr zwischen Szemgallen und Turmonth zu verlängern, von seiten des lettischen Eisenbahnministeriums eine zusagende Antwort erteilt worden. Der Vertrag läuft weiter bis zum 1. August.

Börse.

♂ **Einrichtung einer Geldbörse in Kattowitz.** In Kattowitz sind die Vorbereitungsarbeiten zur Einrichtung der Kattowitzer Geldbörse im Gange. Das Börsenstatut befindet sich in Ausarbeitung. Die Börse, so hofft man, wird sich sehr beleben, wenn die angebahnte Einigung mit Deutschland über die Aufhebung des Ausfuhrverbots von Aktien von Unternehmungen, die sich im polnischen Teil Oberschlesiens befinden, zustande kommt.

‡ **Der Danziger Börsenvorstand** gibt im Anzeigenteil der „Danziger Neuesten Nachrichten" bekannt, daß infolge der eingetretenen Änderung der polnischen Devisenverordnung vom 10. Juni ab an Stelle von „Auszahlung Warschau" und „Auszahlung Posen" „Scheck Warschau" und „Scheck Posen" notiert werden wird.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	8. Juni	7. Juni
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. o. Bezr.	7000	—,—
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	—,—	11 000
Bank Przemysłowców I. Em. . .	7500—8000	7500
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	14 000—13 500	12 000—12 500
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	8500-8750-8500	8500
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	2000—2100	2000—2050
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	2000	—,—
Bank Młynarzy	—,—	1500
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	7500	7500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	38 000—39 000	35 000
H. Cegielski (St. abgest.)	4500—5500	3100-4400-4200
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	3900—3800	—,—
Centrala Skór I.—IV. Em. (o.Bzr.)	7000	—,—
Dębienko I.—II. Em.	—,—	15 000
Goplana I.—II. Em.	50 000	50 000
C. Hartwig I.—V. Em.	3800	3800
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	5200	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	26 000—28 000	22 000
Juno I. Em.	—,—	—,—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	230 000-225 000	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	70 000—75 000 —72 000	60 000—65 000
Młyn Ziemiański I. Em.	9000—8500	8500—8000
Orient I.—II. Em.	—,—	4800
Pendowski I. Em.	5500-7500-7000	—,—
Płótno I.—II. Em.	6500—7000	5500—6000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	—,—	15 000—15 500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. . .	26 500—29 000 —28 000	26 500—28 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	—,—	6000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	26 000	—,—
Tri I.—III. Em.	10 000	8500—9000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	25 000—26 000 —24 000	26 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	10 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	4000	3800—4000

Valuten und Devisen:

Deutsche Mark Auszahlung Berlin 0,90, Franz. Franken (Geld) 4300—4400, Engl. Pfd. Ausz. 310 000.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	192 000—210 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	193 000—203 000
Roggen	122 000—132 000	Hafer	137 000—142 000
Braugerste . .	100 000—105 000	Weizenkleie . . .	64 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	340 000—350 000	Roggenkleie . . .	64 000

Tendenz: ruhig.

‡ **Die Berliner Produktenbörse** vom 7. Juni verzeichnete für märkischen und pommerschen Roggen einen Preis von 117 000 bis 118 000 Mk. gegen 110 000—112 000 für 50 Kg. am Vortag.

Warschauer Börse vom 8. Juni.

Devisen:

Belgien	3800—3700	Paris	4400—4250
Berlin	0,87—0,85	Prag	2050—2025
Danzig	0,86—0,85	Schweiz	12 175
London	319 000—312 000	Wien	0,91—0,89
Neuyork	67 500—66 900	Italien	3 200

Danziger Mittagskurse vom 9. Juni.

Die polnische Mark in Danzig 119

Der Dollar in Danzig 85 750

Berliner Börsenbericht

vom 8. Juni.

Disk.-Komm.-Anleihe .	56 000.—	Polnische Noten	117.—
Danz. Priv.-Aktienbank	—.—	Auszahlung Holland . .	30 825.—
Hartmann Masch.-Akt.	79 000.—	„ London .	362 750.—
Phönix	531 000.—	„ Neuyork . .	78 500.—
Schuckert	425 000.—	„ Paris . . .	5 075.—
Hapag	245 000.—	„ Schweiz . .	14 200.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	3000.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau .	116.—		

Neue deutsche Handelskurse

verbunden mit landwirtschaftlichem Unterricht.

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Französisch, Englisch, Esperanto, Banktechnik, Büropraxis usw.

Nur staatlich geprüfte Fachlehrer!

Schulhaus ul. 27. Grudnia 4 (Gartenvilla).
Sprechzeit des Schulleiters v. 12—1 und v. 7—8 Uhr.
Sprechzeit in der Wohnung, **Poznań, św. Wojciech 29,** von 2—3 Uhr.

Anmeldungen bis spätestens 28. Juni.

Sanatorium **Friedrichshöhe**

Teleph. 26 **Obernigk** *bei Breslau* *Teleph. 26*

für innerlich Kranke, Nervenkranke u. Erholungsbedürftige. Geisteskranke ausgeschlossen.

Abteilung für Zucker- und Stoffwechselkranke.

Chefarzt u. Besitzer: Dr. F. Köbisch, Nervenarzt.
Dr. med. Günther Espeut, Internist.

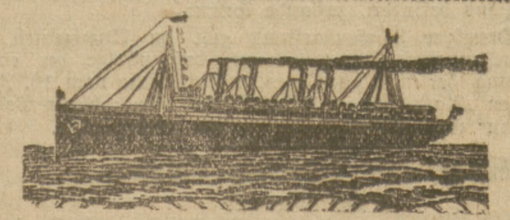
Prospekte!

Lewald'sche Kuranstalten

in **Obernigk bei Breslau.** Gegr. 1870.

1. **Sanatorium** für Nerven- u. Gemütskranke.
2. **Erholungsheim** für Nervöse u. Erholungsbedürftige. Entziehungskuren. Alle neuzeitlichen Heilverfahren. (Hydrotherapie, Elektrizität, Höhensonne, Massage, Psychotherapie, Hypnose u. a.) 4 Kurhäuser, große Parkanlagen. 3 Ärzte. Prospekte u. Aufnahmebeding. versendet der Besitzer und leitende Arzt

Dr. Joseph Loewenstein,
Nervenarzt.



Große Amerika-Linie

United American Lines

gibt denjenigen, die nach

Nord-Amerika

zu reisen beabsichtigen, bekannt, daß sie großartig **eingerichtete Dampfer mit Kabinen** für **2—4—6 Personen** für Passagiere III. Klasse besitzt, die **zweimal wöchentlich** verkehren.

Zentrale für Polen:
Warszawa, ul. Bielańska Nr. 5.
Abteilung in **Poznań, ul. Łazarska 2b.**

Eingetragene Hochzucht

des deutschen veredelten

Landschweines.

[7400

Zuchtziel: **frohwüchsig, robust, geeignet für ausgedehnten Weidegang.**

Stammeber u. Stammsauen auf Ausstellung der D. L. G. mit vielen Sieger- und Ehrenpreisen ausgezeichnet — gibt laufend ab

junge Eber u. Sauen

von 2 Monaten alt aufwärts.

Besichtigung der Zucht jederzeit gestattet.

Günther Modrow, Bączek
b. Skarszewy (Pommerellen).

Gut erhaltene, 1923 geeichte

Viehwage

mit Schiebegewichten, samt verschließbarem Bretterschuppen am Bahnhof **Ritschenwalde (Ryczywół)** stehend, ist preiswert zu verkaufen. Daselbst steht auch eine **Brutmaschine** zum Verkauf. Näheres bei

J. Ruschin, Ritschenwalde.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat Juni 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke und Zeitschriften:

Bad Nauheim und Umgebung. Prakt. Reiseführer.
Bayerisches Hochland mit Allgäu, Augsburg, Innsbruck und Salzburg.
Die Lüneburger Heide. Prakt. Reiseführer.
Salzburg und das Salzkammergut.
Schreiberhau und Umgebung. Mit Anh.: Wintersport in Schreiberhau.
Dr. Hoppeler, Der Hausarzt.
Heimburg, Eine unbedeutende Frau. Roman.
Heimburg, Im Wasserwinkel. Roman.
Heimburg, Wie auch wir vergeben. Roman.
Nothdurft, Aus meiner Weltanschauung.
Bettauer, Der Kampf um Wien. Roman vom Tage.
Busson, Die Feuerbutze. Romna.
Singer, Die Gallensteinkrankheit.
Oberbayern und München, Innsruck u. Salzburg.
Allgäu und Bodensee, Bregenzerwald, Augsburg und Ulm.
Franken und Nürnberg, Fränkische Schweiz, Fichtelgebirge, Frankenwald, Spessart.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung. — Elegante Mode** (14tägig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir direkt an uns zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Alle
Familien-Anzeigen
Verlobungen
Vermählungen
Geburten
Trauerfälle
im
Posener Tageblatt
werden in der Stadt Posen, sowie in der ehemal. Provinz Posen u. darüber hinaus, auch im Deutschen Reiche
gelesen!

Wir bieten **antiquarisch** gut erhalten zum Kauf an: **162 Bände, gebunden,**

Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Auf Grund der Verfügung des **Województwo** vom 17. 5. d. Js. — 1963/23 I K — findet

am 1. Juli d. Js.,
vorm. 10—2 und nachm. 4—6 Uhr die

Ergänzungswahl

zur Repräsentanten-Versammlung

der **hiesigen Synagogen-Gemeinde** statt.

Zu wählen sind **9 Repräsentanten** und **9 Stellvertreter.** [M 776

Die Liste der stimmberechtigten Gemeindemitglieder liegt bis zum Wahltermine im Gemeindebüro ul. Szewska 10 I aus.

Poznań, den 8. Juni 1923.

Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Odlewnia Żelaza i Fabryka Maszyn

„HERKULES"

Tow. z ogr. poręką

GNIEZNO

Telegramm-Adresse: Herkules-Gniezno
Telephon-Anschluß: Amt Gniezno Nr. 26

Spezialfabrik für

Schrotmühlen

mit schräg geriffelten Hartgußwalzen für Hand-, Göpel- u. and. Kraftbetrieb.

Obst- u. Rübenpressen
zur Saftgewinnung und zur Bereitung von Obstwein.

Kartoffel-Sortiermaschinen
mit den neuesten Verbesserungen.

Transportable
Kreissägen-Anlagen
für Lang- und Querschnitt.

Brennholzkreissägen,
Kreissägelager,
Kreissägeblätter.

Aus laufender Fabrikation zu **vorteilhaften Preisen** prompt **lieferbar.**

Unser Stand auf der **Posener Landwirtschaftl. Ausstellung** wird sich auf dem Platz beim **Oberschlesischen Turm** befinden.

Die bevorzugte Schreibmaschine

Continental

Alleinvertrieb:

Goldberg Nast. **Poznań**

Telefon 3495. Aleje Marcinkowskiego 6.

Papier- u. Schreibwarenhaus & Bürobedarf
Werkstätten für Buch- u. Steindruck & Prägerei

Vertretung

von Fabriken pp. für den Einkauf von

oberschles. Gruben- und Hüttenprodukten

sucht

junger selbständiger Kaufmann in Kattowitz,

welcher bei Gruben und Werken gut eingeführt ist.

Zuschriften unter **„Oberschlesien 7456"** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Zur gefl. Beachtung!

Für **unleserlich geschriebene Anzeigentexte,** sowie **telephonisch undeutliche Übermittelungen von Anzeigen** ist die Zeitung **nicht verantwortlich.** Für derartige Mängel haftet der **Auftraggeber!**

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".

Bevor Sie Ihren Bedarf an

Kalk

und

Zement

anderweitig aufgeben, holen Sie im eigenen Interesse **erst** Angebot bei mir ein.

Prima Qualitäten!
Konkurrenzlos niedrige Preise!
Prompt. Lieferung!

Willy Meisel
Baustoffgroßhdlg.
Opalenica. Teleph. 37.

Verkaufe sehr vorteilhaft

AUTO

für 6 Personen, „Protos", 10/30 PS., wie neu, mit elektrischem Bosch-Licht und mit elektrischem Starter. [670

Schriftliche Offerten an **Annoncenexpedition „Par",** ul. Fr. Ratajczaka 8, unt. **Nr. 23, 224.**

Trockenes Brennholz.

Kloben, Rollen, kesselfertige Stubben

gebe laufend **jede Menge** ab.

E. Mollner, Holzgroßhandlung, Jasionna, p. Wronki.

Vertretung: **M. Laube, Poznań, ul. Głogowska 102.**

Für Wolle

bietet der **kommissionsweise Verkauf** von unserem Massenlager die **günstigste Verwertungsmöglichkeit** zu **höchsten Preisen,** auch für kleine Posten.

Kostenlose Preisberatung und Bonitierung.

Ankauf zu höchsten Tagespreisen.

„LANA", T. z o. p., Bydgoszcz,
ulica Dworcowa 30.
Telephon Nr. 1256, 374, 281.

Sonntag, 10. Juni 1923.

Posener Tageblatt.

Zweite Beilage zu Nr. 128.

Nun ist's genug!

In einem süddeutschen großen Kurort befindet sich unter anderem ein Raum für Apparat-Inhalation. Rings an den Wänden sind die Apparate angebracht, vor denen die Patienten sitzen, um vorschriftsmäßig ihre Inhalationen zu nehmen. Aber über jedem Apparat ist ein Zifferblatt, auf dem die Saaldienerin den Zeitpunkt einstellt, an dem der Patient seine Inhalation beenden muß. Dann geht sie zwischen all den Apparaten hin und her, und wenn der rechte Augenblick gekommen ist, tritt sie zu dem Betreffenden, schraubt die Leitung zu, die den Dampf einläßt, und sagt: „So, Herr X., nun ist's genug!" —

Ist nicht unser ganzes Leben so ein Inhalationssaal, in dem wir Menschenkinder sitzen und atmen unseres Gottes Luft — der eine kürzer, der andere länger, je nachdem es ihm verordnet ist zum Genesen für die Ewigkeit? Mancher, der später angefangen hat als du, ist eher fertig, und mancher, der schon lange atmete, ehe du kamst, wird noch atmen, wenn es für dich schon heißt: „Nun ists genug!" Unser Herr Gott hat jedem an seiner Kontrolluhr sein Stündlein bestimmt — die Zeiger sind eingestellt, du weißts aber nicht, denn du kannst seine Uhr nicht sehen, — bis du eines Tages wirst genug Odem geholt haben, und dann heißts: „Nun ist genug! Denn — es ist dem Menschen gesetzt, einmal zu sterben — und danach das Gericht." Seele, vergiß es ja nicht!

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, 9. Juni.

Allerlei Diebesgesindel.

Die Nachzeit des Weltkrieges mit ihren wirtschaftlichen Unsicherheiten der fortgesetzten Teuerung für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens einerseits, der Geldentwertung und der zunehmenden Arbeitslosigkeit andererseits hat eine entsprechende Zunahme der Verbrechen und Vergehen gezeitigt und selbst solche Kreise zu Gesetzesübertretern gemacht, die früher nicht dazu gehörten. Hinzu kommt eine Vermehrung der bunten Mannigfaltigkeit von Verbrechen und Vergehen, wie man sie früher gleichfalls nicht kannte. Kein Wunder, daß die Polizeibehörden den Verbrechern mit immer größerem Erfolge ihre Aufmerksamkeit zuwandten und ihnen auf die Spur zu kommen verstanden, und daß andererseits die von den Verbrechern bedrohten Kreise in der Erfindung von Maßnahmen des Selbstschutzes bedeutendere Fortschritte machten. Andererseits wieder brachten diese Bemühungen zum Schutz des Eigentums usw. die Verbrecher auf immer mehr neue Wege ihrer Betätigung; sie wandten ihr Interesse selbst solchen Dingen zu, die früher unter allen Umständen vor ihren Angriffen geschützt waren, sei es aus alter Gewohnheit, sei es aus Gründen der Pietät.

In letzterer Beziehung sei nur an die zahllosen Kircheneinbrüche der Neuzeit erinnert, bei denen es die Diebe in erster Linie auf die meist massiv silbernen, vergoldeten oder gar goldenen Abendmahlsgeräte abgesehen hatten, leider in so zahlreichen Fällen und mit so großem Erfolge, daß der Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor sich veranlaßt sah, den Gemeinden seiner Diözesen die Ersetzung der wertvollen Metallkelche usw. durch minder kostspielige gläserne zu empfehlen. Daß man sich in den evangelischen Kreisen ebenfalls zu geeigneten Sicherheitsmaßnahmen für das wertvolle Eigentum entschloß, ist selbstverständlich. So haben, neuerdings wenigstens, die Diebstähle der Altargeräte, durch die Werte von vielen, vielen Millionen verloren gingen, etwas nachgelassen. Daß die Kircheneinbrüche damit nicht ganz aus der Welt geschafft sind, erhellt aus der Tatsache, daß die Einbrüche zwar seltener geworden sind, daß aber die Diebe bei den jetzigen Einbrüchen ihre Gedanken auf Teppiche, neuerdings auf Altarbekleidungen richten, wie die beiden dieser Tage mitgeteilten Fälle aus Posen beweisen. Sie haben eben flr alles Verwendung und für alles ihre Abnehmer.

Auf ähnlichem Gebiete liegen die Einbruchsdiebstähle in Friedhofskapellen, aus denen sie die Bahrtücher, die Pferdedecken, das Gestühl usw. mitgehen heißen, alles Sachen, die heut unermeßliche Werte darstellen und für einen Teil der betreffenden kirchlichen Gemeinden, wenigstens für die durch die Abwanderung so sehr geschwächten evangelischen Gemeinden gar nicht mehr zu ersetzen sind.

Aber daraus machen sich die edlen Vertreter der Diebeszunft nicht das geringste Gewissen im Gegensatz zu der Friedenszeit, in der doch noch eine gewisse Scheu der Diebe von ihrer Betätigung an dem Eigentum der Kirche fernhielt. Am allerwenigsten fühlen sie sich durch den Gedanken an den Schaden beschwert, den sie den bestohlenen Gemeinden zufügen. Damit kommen wir auf eine andere Diebstahlsspezialität, die neuerdings in Posen, aber auch schon in den Kleinstädten, fleißig ausgeübt wird. Wir meinen die Wasserröhrendiebstähle auf den Klosetts, eine Errungenschaft der Nachkriegszeit. Denn welcher Dieb hätte in der Vorkriegszeit sich mit derartigen Dingen befaßt? Das ist aber mit der wachsenden Wertsteigerung der Röhren anders geworden; heut sind das sehr begehrte Objekte, und deshalb dringen die Diebe in die Häuser ein, öffnen mit Dietrichen die Klosettanlagen, schneiden die Röhren meterweise heraus, und der Hauswirt hat einen ganz unermeßlichen neuen Schaden erlitten, der zu den mancherlei anderen Schäden hinzukommt, die heut eine Verwüstung der Wohnhäuser im Gefolge haben. Fast kein Tag vergeht, an dem der Polizeibericht nicht aus irgend einer Straße solch einen Röhrendiebstahl meldet, dem Wortklange nach eine ganz harmlose, in Wirklichkeit aber sehr kostspielige, schwerwiegende Sache. In ein ähnliches Gebiet gehören die Diebstähle von eisernen Gullydeckeln, die in Posen sehr oft auf der Tagesordnung stehen. Hierdurch wird der Hausbesitzer bzw. die Stadt direkt schwer geschädigt, indem sie für den erforderlichen Ersatz mit großen Ausgaben sorgen müssen. Neuerdings versuchte ein Hauswirt an der Glogauer Straße mehrere Male die gestohlenen Eisendeckel durch solche aus Holz zu ersetzen; sie waren aber zweimal hintereinander am folgenden Tage ebenfalls gestohlen, so daß der Hauswirt schließlich das Rennen aufgegeben und den Gully ohne Deckel gelassen hat. Er läuft damit allerdings die Gefahr, bei etwaigen Unglücksfällen haftpflichtig gemacht zu werden, die die Gullydeckeldiebe verschuldet haben.

Aus allen diesen Gründen ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Gerichte neuerdings mit erwünschter Härte gegen derartige Diebe vorgehen. Eine hiesige Strafkammer verurteilte dieser Tage einen Dieb von Abflußröhren zu der immerhin empfindlichen Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Die Hauptsache bleibt, daß auch die Hehler als Abnehmer derartiger Diebstahlsobjekte mit recht empfindlichen Freiheitsstrafen bedacht werden. Denn solange sie mit milden Freiheits- oder wohl gar nur mit Geldstrafen davonkommen, werden sie sich von ihrer menschenfreundlichen Betätigung gegen Diebe nicht abhalten lassen. Das wird aber zweifellos anders werden, wenn die Gerichte mit wünschenswerter Härte diese Leute für recht lange Zeit an ihrer Betätigung hindern. Das gilt auch für Kirchen-, für Friedhofsdiebe usw. Ihnen gegnüber muß es heißen: „Landgraf, werde hart!" Nur so ist diesem Verbrechertum beizukommen, das auf der menschlichen Gesellschaft wie ein Alb lastet. hb.

X **Eine irreführende Nachricht.** Durch einen Teil der Presse ging dieser Tage die Mitteilung, „daß die polnische Post jetzt Geldanweisungen bis zur Höhe von 200 000 M. über die Grenze ohne eine besondere Genehmigung des Delegierten des Finanzministeriums annehme". Diese Nachricht ist, nach unserer Erkundigung an zuständiger Stelle, in dieser Form falsch. Geld-, d. h. Postanweisungen sind nach dem Auslande nur nach Frankreich zugelassen, nach dem übrigen Auslande überhaupt nicht. Die Verhandlungen, die auf Eröffnung des Postanweisungsverkehrs auch nach Deutschland abzielten, haben sich leider zerschlagen. Dagegen ist der Geldbriefverkehr nach dem ganzen übrigen Auslande, also auch nach Deutschland, zugelassen, und zwar bis zur Höhe von 1000 Schweizer Franken, zu deren Versendung jedoch die Genehmigung des Delegierten des Finanzministeriums bei der hiesigen Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa (früheren Reichsbank) in der Aleje Marcinkowskiego 12 (fr. Wilhelmstr.) eingeholt werden muß. Zur Annahme dieser Geldbriefe ist ein eigener Schalter beim Hauptpostamt in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstr.) werktäglich von 8—12 Uhr und nachmittags von 3–6 Uhr geöffnet.

Jahrmärkte im Juni. In der Wojewodschaft Posen finden im Juni in folgenden Ortschaften Jahrmärkte statt: am 12. in Czempin, Kreis Kosten, Obornik, Schroda und Zerkow, Kreis Jarotschin; am 14 in Dubin, Kreis Rawitsch, Görchen, Kreis Rawitsch, Schildberg und Samter; am 18. in Gnesen; am 19. in Rogasen und Schrimm; am 20. in Haideberg, Kreis Schildberg; am 21. in Gostyn, Adelnau und Znin; am 24. in Kolmar und am 27. in Bentschen.

* **Buk,** 8. Juni. Wie sehr die hiesige evangelische Gemeinde durch die Abwanderung gelitten, das hat sich so recht am letzten Mittwoch gezeigt, als nach langer Zeit wieder einmal ein **Gustav-Adolf-Fest** gefeiert wurde. Obwohl der Kirchenbesuch für die jetzigen Gemeindeverhältnisse gut genannt werden konnte, war doch noch so mancher Platz unbesetzt, nachdem die Seelenzahl der Gemeinde von 2700 im Jahre 1913 auf 450 zusammengeschmolzen ist. Die Festpredigt hielt Pfarrer Dey aus Jablone über Psalm 46, 5 und 8. Er rief auf zu dem „Dennoch" des Glaubens und tröstete, daß auch in ernsten Zeiten der Herr bei seiner Gemeinde sei und aus dem Brunnen seines Wortes sie stärke, daß sie fest bleibe und überwinde. Nach der Predigt bestieg Superintendent Reisel aus Neutomischel die Kanzel, um über die evangelische Kirche im Baltenlande zu berichten. Ausgehend von der Erzählung 1. Moses 21, 4—19 wies er darauf hin, daß die evangelische Kirche immer durch Leidenszeiten hindurch mußte und auch jetzt wieder vor Trümmern stehe. Er gab einen kurzen Überblick über die Geschichte dieser Kirche und erzählte von dem furchtbaren Wüten der Bolschewisten in der Zeit der russischen Revolution im Jahre 1917. Er berichtete von den grausamen Verfolgungen und Peinigungen, von den vielen Gewalttätigkeiten und den Roheiten, denen die Evangelischen ausgesetzt und von dem Märthyrertode von Tausenden und Zehntausenden evangelischer Glaubensgenossen, die trotz alles Drohens und aller Strafen, trotz Gefängnis und Tod an ihrem evangelischen Glauben festhalten. Er wies auf die Hilfe hin, die der Gustav-Adolf-Verein so gern und reichlich in die Gemeinden trüge und mahnte, die Arbeit dieses Vereins zu unterstützen, damit dieser recht viel helfen und stärken könne. Am Schluß sang die Gemeinde das alte Lutherlied und gab in der Kollekte mehr als 70 000 M. für den Gustav-Adolf-Verein, eine große Gabe für die kleine Gemeinde als ein Dank für das, was ihr noch geblieben ist.

* **Grätz,** 7. Juni. Der letzte Sonntag war für die hiesige evangelische Kirchengemeinde ein besonderer Festtag. Nachdem sie länger als ein halbes Jahr ohne Geistlichen gewesen war, war der Pfarrverweser Rudolph, der bisher das verwaiste Pfarramt in Opalenitza verwaltet hatte, zum Pfarrer der hiesigen Gemeinde gewählt worden, und nachdem diese Wahl die Bestätigung des Evangelischen Konsistoriums gefunden hatte, wurde der Gewählte am Sonntag in sein Amt eingeführt. Superintendent Reisel aus Neutomischel vollzog in dem festlich geschmückten Gotteshause vor zahlreich versammelter Gemeinde nach der Eingangsliturgie die Einführung unter Assistenz des Inspektors des evangelischen Predigerseminars in Posen, Pastor Paarmann. Seiner Ansprache, in der er als die Hauptaufgabe eines evangelischen Geistlichen betonte, daß er mit Wort und Wandel ein Zeuge des Heilandes sein müsse, hatte er das Wort des ersten Johannesbriefes Kap. 4, Vers 14 und 15 zugrunde gelegt, während Pfarrer Rudolf zum Text seiner Antrittspredigt die Stelle aus dem Römerbrief Kap. 15 Vers 29—33 gewählt hatte. Der Kirchenchor hatte unter der Leitung seines Dirigenten, Kantors Kaschik, zwei Gesänge eingeübt, deren guter und wohlklingender Vortrag sehr zur Verschönerung der Feier und zur Erbauung der Gemeinde beitrug.

* **Krotoschin,** 6. Juni. Als der, früher in der Benitzerstraße wohnende Besitzer Hermann Bach, der hier zu Besuch weilte, am vorletzten Dienstag den hiesigen Marktplatz verließ, bemerkte er den Verlust seiner goldenen Taschenuhr nebst Kette. Er vermutete die Diebe unter drei Männern, mit denen er vorher geredet hatte. Die sofort aufgenommene Verfolgung der Räuber blieb leider erfolglos. Uhr und Kette stellen heute Millionenwerte dar.

* **Thorn,** 3. Juni. In diesen Tagen tauchte hier ein „Vermittler" auf, der in den Gastwirtschaften den Arbeitern riet, sich an ihn zu wenden, falls sie in Frankreich Arbeit haben wollten. Er versprach, sie billig und schnell ans Ziel zu bringen. Ein Arbeiter packte auch wirklich seine Sachen, händigte dem „Vermittler" 60 000 Mark aus und fuhr mit ihm los. Doch schon auf dem Bahnhof in Schlüsselmühle verschwand er, und der Arbeiter hatte das Nachsehen.

* **Danzig,** 6. Juni. In der Notwehr erschossen hat am Sonntag früh der Gastwirt Siedler, Inhaber der Strandhalle in Heubruch, den stark angetrunkenen Arbeiter Furnahl, als dieser gegen den Wirt tätlich wurde, weil S. ihn aus dem Lokal wies. — Über den Selbstmord eines Elfjährigen berichtet die „D. A. Z.": Seit etwa einem halben Jahre wurde der elfjährige Schüler Kurt Stark aus Schidlitz vermißt. Beim Reinigen der Radaune fand man jetzt die Leiche des Knaben. Anscheinend ist er aus Furcht vor Bestrafung in die Radaune gegangen und ertrunken.

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(41. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„In eine Nervenheilanstalt werde ich Dich bringen," tobte er, „Dort begießt man die liebestollen Weiber mit kaltem Wasser, bis sie wieder vernünftig sind." — Auf einmal wurde er ruhiger. „Wie denkst Du Dir Deine Zukunft, wollt Ihr Euch vielleicht heiraten?"

Rosenglut überflutete ihr bleiches Gesicht. „Das ist unser größter Wunsch," sagte sie leise.

Er traute seinen Ohren nicht. „Das wagst Du mir ins Gesicht zu sagen! Hinter meinem Rücken habt Ihr also geliebäugelt und von einer gemeinsamen Zukunft geträumt? Mein ehrenwerter Herr Bruder, der sich immer auf den „Ritter ohne Furcht und Tadel" aufspielte, kommt wie der Dieb in der Nacht und stiehlt mir das Herz meiner Frau! Pfui!"

„Er konnte Dir nicht stehlen, was Dir nie gehörte," erwiderte sie unerschrocken; „er nahm Dir nichts. Was fragst Du nach meinem Herzen, meiner Seele? Eine gehorsame Puppe sollte ich sein, die Dein Haus in Ordnung hält und jeder Laune sich als Sklavin fügt."

„Dem ganz äußerlichen Band" sind aber zwei Kinder entsprossen!" Er sah sie lauernd an. „Machen die Dir den Abschied nicht schwer?"

„Sei barmherzig und laß mich mit den Kindern gehen. Keiner hat das Recht, eine Mutter von ihren Kindern zu trennen."

„Keine Frau hat das Recht, ihrem Manne davonzulaufen. Ich bin ein Tor, Dich überhaupt ernsthaft zu nehmen; Du bist nichts, wie eine überspannte Närrin. Du spielst mir hier eine Opernszene vor. Wenn ich Dich frei gebe, wollt Ihr also heiraten und gleich mit zwei Kindern im Kaffernkraal leben? Den bunten Kragen kostet es, mein Liebchen, wenn man die Frau seines Bruders verführt. Ihr wäret allesamt sehr schnell verhungert."

„Wir sind jung und können arbeiten."

„Rainer findet vielleicht eine Anstellung als Bereiter bei einem dicken Kommerzienrat und Du kannst Noten abschreiben. Dem Elend sollte ich meine Kinder, meinen Jungen, den letzten Sprossen eines uralten Geschlechts, den Erben eines der schönsten Herrensitze in der Mark, aussetzen? Da verdiente ich, zuerst von uns allen eing sperrt zu werden! Ich nehme es etwas ernster als Du mit meinen Pflichten. Dein Vater gab Dich mir mit Vertrauen; ich habe versprochen, Dich zu schützen und zu behüten; ich werde Dich nicht in die weite Welt laufen lassen, weil Du Dir plötzlich einbildest, Du könntest Deinen Mann nicht mehr lieben."

„Mein Vater kannte Dich nicht, wie ich Dich jetzt kenne; er wäre der erste, der mir zureden würde, diese drückende Fessel abzustreifen und mit dem Mann, den ich liebe, glücklich zu sein. Rainer und ich, wir gehören zusammen. Uns re Seele ist ein Akkord, ich habe ja vorher noch nie gewußt, was Liebe ist."

„Und jetzt weißt Du es?" Die Adern auf seiner Stirn liefen dick auf, die gespannten Muskeln des Unterkiefers trat n scharf hervor und gaben seinem Gesicht etwas Brutales; er nahm beide Hände seiner Frau und drückte sie wie in einen Schraubstock zusammen. Seine tödlich gekränkte Eitelkeit wand und krümmte sich wie auf der Folter; sein Atem keuchte. Er hätte die Frau töten können. „Hast Du ihm gehört?" knirschte er. „Lügen tust Du nicht, das weiß ich."

Sie stand furchtlos vor ihm in ihrer jungen, dunklen, tannenschlanken Schönheit, in der zarten und herben Keuschheit ihres Wesens; die verschleierten Augen begegneten unerschrocken seinen zornfunkelnden. Es glomm eine Funke in ihrer Tiefe auf, den er nicht mißverstehen konnte, von Haß, ja Verachtung, „Schäme Dich dieser Frage!"

Er trat einen Schritt zurück und ließ ihre Hände los. „Verzeih', ich vergaß mich! Und nun höre mein letztes Wort." Wenn sein Zorn Weißglühhitze erreicht hatte, wurde er wurde er ruhig. „Niemals gebe ich Dich frei, ich will keinen Flecken auf meinem Namen; ich will nicht als der betrogene Ehemann dastehen; keiner, wer weiß, daß Rainer jetzt monatelang unter einem Dach mit Dir wohnte, würde an die Reinheit Eures Verhältnisses glauben, wenn unsere Ehe jetzt getrennt würde. Gib die Hoffnung auf, mich jemals umzustimmen; Du kannst aus dem Fenster oder ins Wasser springen, ich hinder Dich nicht, aber frei gebe ich Dich niemals, Du weißt, daß ich mein Wort halte."

„Und wenn ich Dich doch verlasse!" Leise, wie ein Hauch kam es über ihre Lippen: „Mit Gewalt kannst Du mich nicht halten."

„Dann geh zu ihm und irre mit ihm als seine Geliebte durch die Welt! Verdirb sein Leben, wie Du meines verderben willst. Schmecke die allgemeine Verachtung, Du, die von allen Seiten verwöhnte und beneidete reiche Baronin Biegeleben! Niemals kannst Du ihm in Ehren angehören, jedes Recht und Gesetz ist auf me ner Seite.

„Natürlich! Die Gesetze, von Männern für Männer gemacht."

„Wie gut das ist, erleben wir jetzt; ein toller Weiberkopf kann gar nicht fest genug im Zügel gehalten w rden. Niemals siehst Du Deine Kinder wieder, und wenn sie alt genug sind, sollen sie schonungslos von Deinem Verbrechen hören, um Dich gründlich zu verachten. Nun wähle!"

Ein Schauer durchrann Else; wie hart und erbarmungslos ihr Mann war! „Sie werden sich noch einmal Ihre armen Hände an diesem Fels wundschlagen," hatte der Großherzog gesagt. Ihr Mann wußte, an welch' unzerreißbarer Kette er sie mit ihrer Mutterliebe hielt! „Ich sehe ein, daß Rainer und ich uns für immer trennen müssen," sagte sie. Ihre dunkle Stimme klang wie eine zerspringende Glocke, „aber habe wenigstens soviel Mitgefühl, Hans-Otto, und zwinge mich nicht, mit Dir zusammenzuleben. Ich kann mit dieser verzweifelten Liebe im Herzen nicht Deine Frau sein. Laß mich ganz still und einsam in Freiburg wohnen, ich brauche so wenig und will für Wölfchen und mich arbeiten. Doktor Heßler wird mir helfen, eine Anstellung zu finden, nur laß mich fort von hier."

(Fortsetzung folgt.)

Die Jagd

des Jagdbezirks Lakalice, Posen-Ost, Größe ca 698 ha, wird auf dem Schulzenamt Lakalice Sonnabend, den 16. Juni d. J., um 4 Uhr nachmittags für die nächsten 6 Jahre vom 1. Juli ab, öffentlich a. d. Meistbietenden verpachtet.

Die Jagdverpachtungsbedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten aus.

Der Jagdvorsteher E. Koepke.

7535] Engros-Abnehmer für

Streich-Feuerzeuge in Buchform, vernickelt

gesucht. **Erich Bähle, Wildau b. Berlin.**

Verkaufe

einen gebrauchten, in sehr gutem Zustande befindlichen

Motor-Dreschsatz

m. Strohelevator, Schrotmühle u. Häckselmaschine (Deutzer-Motor — 16 pferdig).

Ernst Gehrke, Chabsko,
poczta Wydartowo, pow. Mogilno.

Grasmäher - Getreidemäher

Handablage-Vorrichtungen, Mähmaschinen-Vorderkarren, Mähmesser-Schleifapparate, Lose Schleifsteine, Pferderechen.

Mähmaschinen-Ersatzteile

Schmieröle, Consi. Fett

Wagenfett

empfiehlt den Genossenschaften

Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
Tow. z ogr. por.
Maschinen-Abteilung
Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Wir empfehlen zu günstigen Preisen sofort ab Lager:

Gras- u. Getreide-mähmaschinen Eyth,

(Fabrikat Dtsche. Mähmaschinenfabr., Brandenburg a. H.)

Kartoffelgraber Harder mit 5 Stäben,

Original Miele-Separatoren.

Mecentra, Maschinenzentrale
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Altes Eisen

Guß-, Schmelz- u. Roheisen, ca. 2 Waggons, gegen Höchstgebot abzugeben.

Offerten mit Preisangabe unter **B. 7524** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Noch einige gute

Schafböcke

und ca.

130 Mutterschafe

aller Jahresklassen meiner Merino-Precose-Herde hat zur Zucht abzugeben

Dom. Benice, pow. Krotoszyn. Tel. 28.

---

4 starke arbeitsfreudige

Zugochsen

stehen zum Verkauf.

Offerten unt. **B. 7503** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

22000 Mark

zahle für **1 Pfd. Roßschwanzhaare,**
auch alle Sorten Felle, Schafwolle, Bienenwachs kauft die Woll- u. Fellhandlung **Poznań, św. Marcin 34.**

Landw. Buchstelle J. Kammer, Poznań, ul. Różana 12

empfiehlt sich zur

Einrichtung und fortlaufenden Führung der Buchführung auf Grund von Wochenberichten, Muster D. L. G., Buchführungseinrichtung und Revision an Ort und Stelle, Inventuraufnahmen, Jahresabschlüsse, Steuerberatung.

Gute Empfehlungen, mäßige Gebühren.

Hiermit meiner geehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich die Generalvertretung der „Eyth-Lesser" Maschinenfabrik (früher Gebr. Lesser, Poznań) übernommen habe und offeriere direkt ab Lager zu Fabrikpreisen:

Getreide- u. Grasmäher

Marke **„EYTH"**

Sämtliche Ersatzteile stets auf Lager.

Ausstellung auf der I. Posener Landwirtschaftl. Ausstellung.

A. Nasielski
Landwirtschaftliche Maschinen u. Geräte
Poznań, ul. 27. Grudnia 5. Tel. 20-14.

Schmutz-

und gewaschene

Wolle

kaufen wir zu den **höchsten Tagespreisen**

Bemusterte Offerte erbeten:

Bank Kwilecki, Potocki & Ska.
Tow. Akc.
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.
Fernsprecher Nr. 3010, 3020, 3026, 3028, 3048, 1791.

Brennerei-Einrichtung

bei prompter Bezahlung zu kaufen gesucht.

Offerten erbeten unter **Nr. 59,207** an **„Par",** ul. 27. Grudnia 18.

Ein Cello

zu verkaufen.
Mickiewicza 9, III l.

Einige Schaffelle

für Reisepelze zu verkaufen.
Zu besichtig. bei **Sobkowski,** Wrocławska 9 (Breslauerstr.).

Ausgabestellen des „Posener Tageblatts".

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Evgl. Vereinsbuchhdlg.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 3: **Kwaśniewski.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Hoffmann.**
Wały Jagiełły (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischerei) 10: **Karpinska.**
Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) 7: **Bienkowski.**
Św. Wojciech (St. Adalbertstr.) 2: **Czarny.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Manke.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Blaszczyk.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenring.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Toepper.**
Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: **Jendrusiak.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumnior.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) 22: **Rymarowicz.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Malachowski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstraße) 1: **Gilewski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 25: **Grubert.**
Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: **Chmilewska.**
Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: **Andrych.**
Małe Garbary (Kl. Gerberstr.) 8: **Maćkowiak.**
Chwaliszewo (Wallischei) 4: **Kokkowiak.**
Chwaliszewo (Wallischei) 9: **Wunsch.**
Chwaliszewo (Wallischei) 73: **Winkler.**

Jersitz:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Viktor.-Str.) 25: **J. Dymek.**
Ulica Jeżycka (Jersitzer Str.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: **Dluzewska.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 24: jetzt **Antoni Duber** früher **Müller.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 32: **Gronek.**
Ulica Patrona Jackowskiego (Nollendorfstr.) 30: **Adamczak.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Kleczewski.**

St. Lazarus

Ulica Niegolewskich (Augustastr. 7): **Smigaj.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleh Nachf.**
Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: **Błażejewicz.**
Ulica Śniadeckich (Herderstr.) 1: **Roman Zygulski.**
Ulica Kanałowa (Kanalstr.) 4: **Olejnik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 24: **Płócinik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 25: **Walczak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 7: **Woroch.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Stafzewski.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 66: **Ledworowski.**
Ulica Kolejowa (Bahnstraße) 43: **Urbaniak.**
Rynek św. Łazarska (Lazarusmarkt) 3: **Mokylewski.**
Ulica Graniczna (Grenzstraße) 13: **Rozycka.**

Wilda:

Ulica Poplińskich (Am Rosengarten) 5a: **Lewicki.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 59: **Freund.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 16: **Szafrański.**
Ulica św. Czesława (Caprivistr.) 14: **Pohl.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 45: **Kosicki.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 47: **Nagler.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 56: **Tasiemski.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 6a: **Riedel.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 54: **Anderß.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 94: **Baranowska.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 117: **Żeliński.**
Ulica Przemysłowa (Margaretenstr.) 34: **Wosinski.**
Ulica Rożana (Rosenstr.) 5: **Pieprzyk.**
Ulica Fabryczna (Fabrikstr.) 13a: **Łopaka.**

Der Bezugspreis für das **„Posener Tageblatt"** beträgt bei den Ausgabestellen für **Juli 9700.— Mk.**

Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der **Hauptgeschäftsstelle** Poznań W3 **Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6.**

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".

Wir suchen

per sofort einen **tüchtigen, erfahrenen, verheirateten**

Müllergesellen

für Dauerstellung. Angebote sind unter **D. M. 7514** an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Junger Mann, Sohn achtbarer Eltern, kann in **hies. Genossenschaftsmolkerei sofort oder später als** [7496

Molkereilehrling eintreten.

Molkerei-Genossenschaft „Concordia",
Sroczyn, p. Kiszkowo, pow. Gniezno.

Deutsches Hotel (mittl. Kleinstadt) sucht per sofort oder später

perfekte Köchin.

Zwei Küchenmädchen zur Hilfe vorhanden. Offerten mit Bild und Gehaltsansprüchen unter **„Hotel 7485"** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Brennerei-Verwalter,

ohne Kinder, mit langjährigen Zeugnissen, kundig in allen Zweigen der Brennerei, Trocknerei, Müllerei, sucht zum 1. 10. 23 oder früher Stellung. Off. u. **7515** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Oranienburger
I a Waschseife in Riegeln,
ca. 2 kg 23 000 M. empfiehlt:
Nowa Drogerja,
Poznań, Wrocławska 38.
Bei Bestellungen versende Nachnahmepakete rückwendend.

Gutgehendes

Geschäft

im Zentrum zu kaufen oder mieten **gesucht.**

Offerten unter Nr. **7517** an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiger Vertreter

zum provisionsweisen Verkauf von **Filz- und Schuhwaren** von **leistungsfähiger Schuhfabrik Sachsens** für dortige Bezirke **gesucht.**

Ausführliche Angebote unter Nennung von Referenzen unter **L. D. 8523** an **Rudolf Mosse, Leipzig** erbeten.

Zu meiner Unterstützung suche ich von sofort einen jüngeren

Landwirt.

Bauernsohn bevorzugt. [7523

H. Fick, Gutsbesitzer, Skałowo, p. Kostrzyn (Polen).

Gesucht zum 1. Oktober d. Js. [7488

zuverlässig. Beamten

auf 1600 Mrg. groß. Gut Woj. Poznań,
der deutschen und polnische Sprachen in Wort und Schrift mächtig. Gehaltsansprüche, Lebenslauf und Zeugnisabschriften mit Bild erwünscht.

Willy Jaeckel, Dom. Marynka, Post Liszkowo, Kr. Bydgoszcz.

Uebersetzer(in)

mit **vollständiger Kenntnis** der deutschen und polnischen Sprache, möglichst auch der **kaufmännisch. Buchführung,** **zum baldigen Eintritt gesucht.**

Schriftliche Meldung mit Zeugnisabschriften.

Verband landw. Genossenschaften in Großpolen T. z.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Nach **Szkudla,** Post **Kucharki,** Kreis **Pleszew, Poznań,** suche ich zum 1. 7. 23 oder später für meine Kinder von 10, 8 und 6 Jahren eine kinderliebe (7491

Erzieherin

(Lehrtätigkeit). Bewerberinnen mit erstklassigen Befähigungsnachweisen möchten diese senden an

Frau von Langendorff,
geb. **von Becker,**
z. Zt. **Sanatorium Albrichshöhe** bei **Reichenbach in Schlesien.**

Stellengesuche

Landwirt

mit langj. Praxis, erfahrener Samen-, Pferde-, Vieh- u. Schweinezüchter, gegenwärtig Instrukteur der Samen-Plantationen, der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **übernimmt Administration einer größ. Besitzung.**

Offerten unt. **7459** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Altpapier

Kontobücher, Geschäftsbücher, alte Briefschaften, Kopierbücher, alte Zeitungen pp. kauft zu hohen Preisen jedes Quantum

W. Chrzanowski,
Poznań, Stary Rynek 91 II.
(Alter Markt).

Rübensamen-Abfälle

(ca. drei Waggons) als Futter für Schafe, Schweine ꝛc.
evtl. **als Streu hat abzugeben** [7461

O. Wieczorek,
Poznań, ul. Jeżycka 45.

Auto,

N. A. G., 6/16 PS, bereift, fahrfertig,

Autokarosserie,
zweisitzig, 1 Notsitz;

Elektromotor,
3/4 PS, 220 Volt, mit angekuppeltem Vorgelege 1:50 untersetzt, preiswert zu **verkaufen.**

Paul Seler,
Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Fensterglas

in allen Sorten,
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert **L. Zippert, Gniezno.**